

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Jauch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 9, Fernsprecher 951.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Ausgabe für den Auslandsteil vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Restamtteil Zeile 60 Pf. Post-Zeltungsliste Seite 900

Nr. 56.

Magdeburg, Donnerstag den 8. März 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

## Zehn Jahre Dreiklassenrecht.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Des schwarzen Tages, an dem vor zehn Jahren dem sächsischen Proletariat das Wahlrecht im Staate genommen und das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wurde, ist im ganzen Lande in großen Protestversammlungen der Arbeiterschaft gedacht worden.

In Dresden und Umgegend fanden am Sonnabend, Sonntag und Montag 18 durchweg stark besuchte Versammlungen statt, die von dem unbeugbaren Entschluß des Proletariats, nicht nachzulassen im Wahlrechtskampf, lautes Zeugnis ablegten. Mit demonstrativem Beifall wurden besonders die Ausführungen der Redner aufgenommen, die die Schreckensurteile der sächsischen Justiz betrafen, mit donnernder Zustimmung die Erklärung, daß diese Opfer den Willen der Arbeiterschaft nicht brechen, daß keine Repressalie sie schrecken werde und daß sie sich vorbehalte, im entscheidenden Moment den Massenstreik zur Aufrüttelung der herrschenden Klassen anzuordnen. Von einigen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung, wenn sie die Lösung der Wahlreform bis zum nächsten ordentlichen Landtag verschleppe — woran kaum noch zu zweifeln ist —, das Spiel der Sozialdemokratie treibe, indem dann die Reichstagswahlen von 1908 unter dem Eindruck des Wahlrechtskampfes von 1906—1907 stehen würden.

Die Polizei zeigte sich an mehreren Stellen sehr nettös. Das zeigte sich nicht nur in dem riesigen Aufgebot von Gendarmen, die nicht beabsichtigte Straßendemonstrationen verhindern wollten, sondern auch in dem Umstand, daß zahlreiche Wortführer inhaftiert wurden und eine Versammlung aufgelöst wurde, weil der Uebervachende eine Kritik der Schreckensurteile nicht dulden wollte.

Die überall einstimmig angenommene Resolution protestiert gegen die Verschleppung der Wahlreform und ebenso gegen „die Produktion der Wahlrechtsurteile im sogenannten freien Wahlrechtsausschuß, die auf eine neue Entrechtung der minderbemittelten Klassen hinauslaufen“.

Dieser freie Wahlrechtsausschuß, den die Zweite Kammer als Beweis ihres Reformeifers eingesetzt hatte, löste seine wahre Aufgabe, die Wahlreform zu verschleppen, in großartiger Weise. In möglichst großen Zwischenräumen wurden vier Sitzungen abgehalten, die ein Ergebnis gezeitigt haben, mit dem die Regierung möglichst wenig anfangen kann. Und es ist fast verwunderlich, daß die Kommission überhaupt schon zum Resultat gekommen ist, denn fast 30 Entwürfe von Wahlrechtssystemen sind ihr vorgelegt worden, so daß es aussah, als sollte die Reform unter einem Uebermaß von Reformvorschlügen erstarrt werden. Durchmustert man diese Vorlagen, die schon gedruckt dem Ausschuß vorliegen haben, so löst sich einem das Rätsel, wie die Väter des Dreiklassenwahlrechts Wahlreformer geworden sind. Diese Vorschläge erklären den Eifer der Herren Reaktionsäre. Es ist der Eifer der Falscher, die eine wirkliche Reform durch Anpreisung von Scheinreformen verhindern wollen. Alle diese Vorschläge sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Oder doch. Denn es wäre schade, wenn sie nicht der Welt bekannt geworden und der Nachwelt erhalten worden wären. Was sich alles als Wahlreformer im sächsischen Landtag ipsemeten darf, das ist erst zu glauben, wenn man's gesehen hat. Vor längerer Zeit habe ich einmal Sachsen eine Herrenküche genannt, in der die verschiedenartigsten, absonderlichsten, mißbrauchtesten Wahlrechtssysteme zusammengebraut werden. Aber damals — im Juni des Vorjahres, als das sächsische Wahlrecht in Dresden verschlechtert wurde, — hatte ich doch nur eine unvollkommene Ahnung, welcher Leistungen diese Herrenküche fähig ist. Es ist schier unglücklich, welcher Steigerungen und welcher unendlichen Variationen das Schlechte fähig ist. Hat man diese neue Wahlrechtsdenkschrift durchgelesen, denn fühlt man sich wahrhaftig versucht, den bekannten Heineschen Vers: „... es war, als legte man den Mist aus 36 Gruben ...“ passend zu variieren.

Die unglücklichen, grotesksten Kreuzungen aller der verschiedenen Wahlrechtssysteme, die dem edlen Zwecke der Volksentrechtung dienen, sind in diesem Dokument zu finden. Da werden Zensus-, Klassen- und Berufswahlrechtssysteme in den verschiedenartigsten Modifikationen und den eigenartigsten Verbindungen vorgeführt. Das Beispiel, daß die Regierung im Jahre 1903 in ihrer Wahlrechtsdenkschrift gab, indem sie Massen-, Berufs- und Pluralwahlrecht miteinander verkoppelte, hat befruchtend auf die Landboten gewirkt.

Einige haben sich freilich die Sache sehr leicht gemacht, so vor allem der Oberreaktionär Opitz. Er will das jetzige Dreiklassenwahlrecht unverändert mit derselben Wahlkreiseinteilung fortbestehen lassen, ihm aber zehn Mandate aufpfropfen, die aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehen sollen. Die zehn Mandate sollen den Großstädten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen neben ihren jetzigen Dreiklassenmandaten zufallen. Die pfiffige Spekulation dabei ist, daß auf diese Weise der von liberaler Seite geforderte Wahlrechtsausgleich erreicht würde, ohne daß die Macht der Konservativen erschüttert würde. Der Arbeiterschaft würden zehn Mandate zufallen und die Nationalliberalen würden unter dem Dreiklassenwahlrecht und der alten Wahlkreiseinteilung weiter in der Minderheit bleiben. Die nationalliberale Presse hat denn gegen diesen Vorschlag auch wütend protestiert.

Am zahlreichsten sind unter den Vorschlägen die Systeme mit direkten Klassenwahlen. Die meisten sehen drei Wählerklassen vor, ein Nationalliberaler aber ist gar zu fünf Klassen gekommen. Als Maßstab der Klassenzugehörigkeit ist vornehmlich die Steuerleistung genommen. Ganz vorsichtige Herren wollen den Klassen der höher Besteuernten erheblich mehr Abgeordnete zuerteilen als denen der weniger Zahlenden; andre sehen noch einen starken Wahlzensus — 7 Mk. Staatssteuern werden bei einem Einkommen von 800—950 Mk. gezahlt, das auf dem Lande große Scharen von Arbeitern nicht erreichen —, Erhöhung des Wahlalters auf 28 oder 30 Jahre oder sogar öffentliche Abstammung vor. Ein Zweiklassensystem, das den konservativen Fabrikbesitzer Seymann zum Vater hat, gibt den Wählern der zweiten Klasse, denen mit Einkommen bis 1250 Mark, ganze 13 Abgeordnete, denen der ersten Klasse 82!

Die meisten der Entwürfe sind, ähnlich mit dem Pluralwahlrecht in der Weise verquirlt, daß für die „Gebildeten“, die Leute mit dem Einjährig-Freiwilligen-Schein und mit Universitätsbildung, die Befreiung in die zweite oder erste Wählerklasse ohne Rücksicht auf das Einkommen verfügt wird. Eine schauerliche Mischung von Klassen- und Berufswahlrecht ist ein konservativer Entwurf, der der ersten Klasse die höheren Beamten, die größeren Unternehmer und die größeren Grundbesitzer zuweist, der zweiten die mittleren und Klein-Unternehmer und Grundbesitzer, die mittleren und Unterbeamten, die Angestellten und Werkmeister, der dritten die Arbeiter, Diensthöfen, Gaufrierer und Kleinhändler. Es kämen danach auf die erste Klasse etwa 80 000, auf die zweite 250 000, auf die dritte 400 000 Wähler. Der nationalliberale Führer Gontard endlich hat es für nötig erachtet, seinem direkten Dreiklassensystem noch eine besondere Sicherung gegen die „staatsgefährlichen Elemente“ einzufügen, indem er zu den 63 von den Wählerklassen gewählten Abgeordneten noch 20 Abgeordnete von den Gemeinderäten und Stadtverordneten-Versammlungen wählen läßt.

Zwei Entwürfe lassen sich als Berufswahlrechtssysteme bezeichnen. Einer empfiehlt als Vorbild das famose Berufswahlrecht der Stadt Dresden, der andre sieht vier Berufsgruppen vor. Die Arbeiter erhielten dabei von 84 Mandaten ganze 12.

Zahlreich sind auch die Vorschläge, die durch einen hohen Zensus die Proletarie entrechteten wollen. Ein konservativer schlägt für die Großstädte einen Zensus von 10 Mk. Staatssteuern vor, die bei einem Einkommen von 950—1100 Mk. gezahlt werden! Die meisten dieser Entwürfe sehen besondere Begünstigungen der ländlichen Grundbesitzer vor.

Pluralwahlrechte sind vier zu verzeichnen. Einsteigert die Stimmen nach der Steuerleistung bis 8. Ein andres, das nur drei Zusatzstimmen kennt, ist dafür mit einem Zensus von 4 Mk. (700—800 Mk. Einkommen) verbunden. Ein konservativer hat ein Monstrum von Wahlrechtssystem ausgeklügelt, bei dem es ein Wähler, der die nötigen Qualitäten auf sich vereinigt, bis zu 53 Stimmen bringen kann! Kinder, Ehe, wissenschaftliche Vorbildung, wissenschaftliche Bildung, Hausbesitz, je 5 Hektar landwirtschaftlicher Besitz, je 10 beschäftigte Angestellte und Arbeiter, je 20 Mark Staatssteuerleistung, jedes öffentliche Ehrenamt, der Meistertitel — das alles gibt in diesem System das Recht auf Stimmensteigerung. Verschönert soll es werden durch öffentliche Abstammung.

Mit diesen Ausgebirgen reaktionären Reformeifers hatte sich also der freie Wahlrechtsausschuß der Kammer zu begeben. Die Debatten zeigten, daß den Herren die Einigung schwer fällt, weil nicht nur die Sorge vor den „staatsgefährlichen Elementen“ sie bedrückt, sondern weil auch der Interessengegensatz der konservativen Agrarier und der nationalliberalen Industriellen dabei mitwirkt.

Genosse Goldstein, den die Herren außergerichtlichweise zu dieser Arbeit gezogen hatten — er gilt ihnen

sonst als unrein, als kommissionsunfähig —, ist bald wieder ausgetreten, nachdem seine Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht ohne weiteres abgelehnt war. Die Freisinnigen wollten sich mit dem alten 68er Zensuswahlrecht begnügen; sie wurden trotz dieser Bescheidenheit ohne weitere Erörterung niedergestimmt. Dann ging's an die Prüfung der Projekte. Geeignet hat man sich aufs feins. Es ist nichts weiter herausgekommen als eine ziemlich unbestimmte Erklärung für ein Pluralwahlrecht, bei dem mindestens das Alter, die Steuerleistung und die Bildung zu berücksichtigen sind. Ein Zensus ist abgelehnt worden. Für den Fall jedoch, daß sich der Durchführung eines solchen Systems unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, empfehlen die konservativen Mitglieder des Ausschusses die Vorschläge der Abgeordneten Opitz und Seymann, die oben geschildert wurden. Diese Vorschläge geben der Arbeiterschaft 10 bzw. 13 Abgeordnete gegen 82 der Besitzenden!

Das ist das Ergebnis der Beratungen des freien Wahlrechtsausschusses. Daß die sächsischen Reaktionsäre der Arbeiterschaft nicht gleiches Recht zugestehen würden, darüber ist kein Sozialdemokrat jemals im Zweifel gewesen. Daß aber ihre Zugeständnisse an die Forderungen des Proletariats solch unerschämter, ungeschminkter Schöhn sein würde, wie diese Vorschläge darstellen, das hätte man trotz aller Erfahrungen doch wohl nicht für möglich gehalten. Wenn aber die Herren Reaktionsäre glauben, daß sie mit solchen Verhöhnungen das sächsische Proletariat beruhigen könnten, so haben sie sich ebenso sehr verrechnet, wie es der verstorbene König Albert vor zehn Jahren tat, da er die Sanktionierung des Dreiklassenwahlrechts in einer Hofschacht an den Landtag mit der Erwartung begleitete, daß es Sachen dauernd zur Wohlfahrt gereichen möge.

Sachen darf sich auf Zeiten voller Unruhe gefaßt machen, wenn eine ehrliche Wahlreform nicht zustande kommt. Das hat die Haltung der Proletariatsmassen, die in diesen Tagen in den dichtgedrängten Versammlungen des zehnjährigen Bestehens der Dreiklassenwahlrecht zürnend gedachten, aufs neue gezeigt.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 7. März 1906.

### Die Flottenvorlage.

Die Fronte des Schicksals will es, daß juist zur selben Zeit, da in Algiciras der vollständige Zusammenbruch der deutschen Regierungspolitik offenbar wird, die Budgetkommission des Reichstags mit Surra und großer Mehrheit die neue Flottenvorlage angenommen hat. Die Unheilbarkeit und Unbelehrbarkeit der bürgerlichen Reichstagsmehrheit konnte gar nicht krasser zum Ausdruck kommen als in der glatten Annahme einer Vorlage, die das Instrument einer solchen traurig verfrachten Politik ist, und darum noch viel unsinniger geworden ist, als sie es je zuvor war.

Diese Vorlage entsprang jener geistigen Verfassung, die die Franzosen die „rage du nombre“ nennen, zu deutsch dem Zahlenwahnsinn, der nie genug bekommen kann und dem es immer nur darauf ankommt, die ziffermäßige Zahl der Machtmittel zu vermehren: Mehr Soldaten, mehr Kanonen, mehr Schiffe und größeres Displacement und mehr Schiffskanonen und mehr Torpedoboote! Wenn diese Politik des Zahlenwahnsinns jemals eine eindringliche Widerlegung erfährt, so war es eben jetzt auf der Konferenz von Algiciras. Dort hat sich der deutschen Macht plötzlich eine Weltmacht riesig entgegengetürmt, der gegenüber sie eine Zwergin ist und bleiben muß; und wären die Schiffe der neuen Flottenvorlage längst gebaut, und würde uns das nächste Jahr eine neue Flottenvorlage bringen, und würde sie wieder mit Surra angenommen werden — an jenem unangenehmen Verhältnis würde sich dadurch nicht das geringste ändern.

Der Sozialdemokrat hat die Konferenz freilich keine neue Wahrheit gebracht. Gegenüber dem bürgerlichen Dogma, daß jede Vermehrung der Kriegsmittel auch eine Erhöhung der wirklichen Machtstellung verbürge, hat sie freis die Auffassung vertreten, daß übermäßige Rüstungen gerade die umgekehrte Wirkung haben können. Darum kann sie über die Vorgänge von Algiciras kaum verwundert sein, die für die bürgerlichen Parteien, könnten sie überhaupt noch sehen, eine wahre Erläuterung bedeuten müßten. Gerade die „Patrioten“ hätten mit der größten Entschiedenheit jede Vermehrung der Machtmittel ablehnen müssen, solange ihnen keine Garantie geboten wäre, daß die Diplomatie die Scheinbare Verstärkung ihrer Position nicht zu neuen Scheitern mißbrauchen werde. Die Bewilligung der neuen Schiffe durch die Reichstagskommission ist ein Vertrauens-



vollum für den Budgetkurs, das unter den gegebenen Umständen einfach komisch wirkt. Man muß sich erst daran erinnern, daß in diesem lächerlichen Spiel Milliarden deutschen Volksvermögens vergeudet werden, um dessen Verwahr zu werden, daß der Beschluß der Budgetkommission auch noch ganz andre als bloß helle Seiten hat.

Die deutsche Flottenpolitik ist ein integrierender Bestandteil der deutschen auswärtigen Politik. Die nervöse, planlos Sprunghaftigkeit, die die letztere auszeichnet, ist auch die charakteristische Erscheinungsform der ersteren. Zum drittenmal wird ein alter Flottenbauplan umgeworfen und durch einen neuen ersetzt. Die Regierung reitet voran, ohne zu wissen, wohin sie ihr Rößlein im nächsten Augenblick tragen wird; die bürgerliche Reichstagsmehrheit aber läuft geforsam überall hinterdrein, so daß die ganze Geschichte überhaupt nirgend anderswo enden kann als im Straßengraben. Daß die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands gegen die Arbeiterklasse kämpft, kann ihr im Grunde niemand verdenken; desto schändlicher und schmächtlicher aber ist es für sie, daß ihr Selbsthaltungstrieb dem herrschenden Kurse gegenüber so vollständig verstaubt.

Die Annahme der Flottenvorlage in der Reichstagskommission ist nicht die zielbewusste politische Tat einer ihre Angelegenheiten klug verwaltenden Klasse, sondern ein Akt politischer Bewußtlosigkeit. Man begreift angesichts dieser Haltung der bürgerlichen Parteien, was eigentlich die auswärtige Politik des Deutschen Reiches auf den Grund gebracht hat. Es war nicht so sehr das Ungeschick der Diplomaten, sondern der Mangel einer selbstbewußten politisch denkenden Bürgerklasse.

### Ein Fall Harden.

Daß Herr Maximilian Harden das Bedürfnis fühlt, die jetzt nicht ungünstige ökonomische Lage, die er sich durch sein literarisches Unternehmen, die „Zukunft“, verschafft hat, noch durch bedenkliche Börsengeschäfte aufzubessern, hätten bisher auch seine erbittertesten Feinde nicht annehmen mögen. Jetzt ist aber durch einen Verleumdungsprozeß, den Herr Harden gegen den Schriftsteller Hans Leuß angestrengt hat, und durch ein wenig verblümmtes Geständnis, das der „Verleumdete“ selbst in der „Berliner Zeitung am Mittwoch“ ablegte, klar geworden, daß der Mann der „Zukunft“ tatsächlich nicht vor Manipulationen zurücksteht, die dem kleinsten Börsenjournalisten nicht zur Ehre gereichen würden.

Herr Harden ist von der Berliner Handelsgesellschaft, deren Interessen er zuvor in der „Sibernia“-Affäre zufälligerweise gegen den Handelsminister Möller verteidigt hatte, bei der Emission von Aktien der Koerling-Gesellschaft vorzugsweise so bedacht worden, daß er sie zum Emissionskurs kaufen und binnen wenigen Tagen zum Börsenkurs mit einem Gewinn von 4800 Mark wieder verkaufen konnte. Herr Harden hätte dieses kleine Geschäft nicht machen können, wenn ihn nicht die Berliner Handelsgesellschaft durch vorzugsweise Zuteilung von Aktien hervorragend begünstigt hätte.

Herr Harden, der mit seiner politischen „Unabhängigkeit“ prunkte, hat durch seine publizistische Tätigkeit, die er als Bismarckanbeter begann und als zielloser Frondeur weitertrieb, den sorgfältigen Beweis dafür geliefert, daß er alles andre eher ist als ein politischer Charakter. Trotzdem erscheint die Feststellung, daß er Vorgangsgeschäfte mit kapitalistischen Unternehmungen treibt, die er zuvor christlich-klerikalisch verteidigt hat, als eine unerwartete Enthüllung. Wenn er jetzt versichert, es sei lächerlich, ihm dergleichen zuzumuten, da er es doch Gott sei Dank gar nicht notwendig habe, so kann man nur sagen: Desto schlimmer! Denn die Tatsachen vermag Herr Harden nicht zu bestreiten, er leugnet nur eine gewinnstüchtige Absicht.

Auch dieser Fall Harden beweist, wie tief sich das Uebel der kapitalistischen Korruption in die bürgerliche Presse eingekesselt hat. Es wird sicher Kreise geben, die nichts weiter daran finden, wenn Herr Harden sein publizistisches Richteramt mit der Tätigkeit eines klugen Geschäftsmannes verbindet. Politisch aber hat er ausgespielt, und als Todesursache wird im Totenschein des glänzend begabten Mannes zu lesen sein: Allgemeine Charaktereschwäche!

### Keine Sozialmedizin.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag mit dem Kapitel „Universitäten“ des Kultusgesetzes. Aus den Erörterungen ist hervorzuheben, daß der freisinnige Abgeordnete Rosenow warm für die Errichtung von Lehrstühlen für Sozialmedizin an den Universitäten eintrat, zu der sich im vorigen Jahre der Ministerialdirektor Althoff durchaus entgegenkommend geäußert hatte. Große Ueberraschung mußte daher die Mitteilung des Geheimrats Eißler von der Regierung herkommen, daß die medizinischen Fakultäten sich sämtlich gegen die Errichtung besonderer Lehrstühle für Sozialmedizin ausgesprochen hätten. Das ist wieder ein schlagender Beweis dafür, wie wenig der soziale Geist bei der „Blüte der Intelligenz“ verbreitet ist.

Der freisinnige Abgeordnete Wolgast führte in bombastischer schamwüthiger Weise alle diese Dinge an, die die Anbringung eines Bildes, das eine Szene aus der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848 darstelle, im Treppenhause der Kaiser-Universität nicht gestattet worden sei. Die Regierung gab die herabwürdige Erklärung ab, daß das Bild aus Rücksicht auf die übrige Ausgestaltung des Treppenhauses dort nicht hätte angebracht werden können, es werde seinen Platz aber an einer andern Stelle des Gebäudes finden.

Somit wurde im allgemeinen die Sitzung mit leeren Phrasen einzelner Abgeordneter für die Universitäten ihres Wahlkreises angefüllt. Am Mittwoch wird man sich über das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ unterhalten.

### Die Zahlentaut.

An demselben Tage, an dem, wie oben erwähnt, die Budgetkommission des deutschen Reichstags die neue Flottenvorlage annahm, haben sich auch die Parlamente von Frankreich und England mit der Vergrößerung ihrer Marinen beschäftigt.

In Paris hielt der Abgeordnete Lockroy, der ehemalige Marineminister, eine große Rüstungsrede, die ihm den Dank des Präsidenten Doumer „im Namen der Kammer“ einbrachte. Deutschland rüstet, folglich muß Frankreich erst recht rüsten. Frankreich hat in zwei Meeren seine Rüstungen zu

schützen; folglich muß seine Marine doppelt so stark werden wie die deutsche ist. Um seinen Worten mehr Nachdruck zu verleihen, rief Lockroy emphatisch aus, in dem nächsten Kriege zwischen Deutschland und Frankreich werde die erste Entscheidungsschlacht zur See ausgefochten und die bürgerliche Mehrheit tat ihm den patriotischen Gefallen, seiner Rasteridee laut zuzujubeln.

Auf Deutschlands Rüstungen verwies man auch im englischen Parlament. An der Themse wurde der Satz, daß England die Meere beherrsche, wieder dick unterstrichen. Das Inselreich müsse sich vorsehen. Neben Deutschland treibe Amerika unläuterer Wettbewerb und im fernen Osten habe Japan sich durch seine Flotte eine Großmachtsstellung errungen, während die russische Flotte vernichtet worden sei. Folglich muß England sein Schiffsmaterial vermehren.

Damit nicht genug, konnten auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit einer Botschaft des Präsidenten, in der zwecks Rüstenschuß eine Vermehrung der Marine verlangt wird, die jährlich etwas mehr als 200 Millionen Mark verschlingen wird. Der Kongreß wird zweifellos die Forderung bewilligen.

So geht das Wettlaufen weiter. Und alle Mächte berufen sich auf das deutsche Vorgehen. Die Quittung dafür hat Deutschland in Algeciras in diesen Tagen erhalten.

### Kapitalistenmoral.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Die französische Regierung, unter der Leitung des geriebenen Finanziers Rouvier, schwankt unschlüssig hin und her. Sie möchte nicht, wo sie kann und sie kann nicht, wo sie möchte. Sie will „republikanisch“ sein, sich aber nicht die Gunst der Merikalen und Monarchisten verschmerzen; und sie will „patriotisch“ sein, ohne sich mit den Radikalen zu überwerfen.

So führt sie jetzt das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche derart durch, daß die Römlinge die beste Gelegenheit finden, ihre verfaßtesten Hezereien bis zu den Wahlen fortzusetzen. Sie verfährt nach dem Rezept, dem Hund den Schwanz stückweise abzuhauen, damit es nicht so weh tut. So wiederholt sich von Dorf zu Dorf die gleiche „Hehe“ unter den Frommen.

Was aber die Sache für unsre Patrioten bedenklich machen muß, das ist das Verhalten gewisser Offiziere. Nun wird ja die Geschichte sicher riesig aufgeschwulst, und das aus leicht ersichtlichen Gründen. Es verdient jedoch festgenagelt zu werden, wie die Herren von der patentierten Vaterlandsliebe sich 'mal verhalten, wenn der „Gehorsam vor dem Gesetz“ und vor der „von Gott eingesetzten Obrigkeit“ mit ihrem Rückwärtsstrecken in Widerspruch gerät. Anlässlich einer Interpellation im Senat über die Verwendung von Militär bei der Inventur der Kirchen entwürtelten sich die Herren von der Rechten über den „skandalösen“ Mißbrauch, den die Regierung mit den Truppen treibe, und verherrlichten die Offiziere, die den Gehorsam verweigerten.

Der Minister des Innern verteidigte natürlich die Haltung der Regierung. Dabei entwickelte sich folgende Szene, die ich nach dem amtlichen Stenogramm zitiere.

Herr Dubief, Minister des Innern: Doch, meine Herren, es war ihre (der Offiziere) militärische Aufgabe, zu gehorchen. (Sehr gut! und Beifall links, Protestrufe rechts.) Nur zu gehorchen.

Senator Gaudin de Villaine (konf.): Es gibt ein Militärreglement.

Minister Dubief: Da Sie, meine Herren, so laut die Offiziere billigen, die sich derart geführt haben, so frage ich Sie, was werden Sie den Antimilitaristen sagen, die die Empörung gegen das Gesetz predigen?

Senator Delahaye (Rechte): Sie verwechseln alle! Sie verwechseln die elementarsten Dinge.

Senator Millies-Lacroix (Linke): Die Antimilitaristen sind gegenwärtig bei der Rechten.

Senator Admiral de Cuberville (Rechte): Das hat gar keine Beziehung.

Das heißt auf deutsch: Ja Bauer, das ist etwas andres. Zu verlangen, die Soldaten sollen nicht auf Vater und Mutter schießen, nicht gezwungen werden, gegen ihre Brüder in der Bluse den kapitalistischen Muthand machen, das ist verbrochenerisch, das kann nur mit einigen Jahren Gefängnis zur Not gesühnt werden. Wenn aber der Offizier sich weigert, seinen Untergebenen den Befehl zum Aufbrechen der Kirchentüren zu geben, so hat er eine rühmenswerte Tat getan, oder wenn er gar, wie der General Recamier, mit dem Stief auf die Beamten einhaut, dann hat er alle Aussicht, heilig gesprochen zu werden.

Man sieht, das Agitationsmaterial kann uns nie ausgehen. — St.

### Die Rache der Schlachta.

Ueber die kürzlich von uns besprochenen Vorfälle in Ladzkin in Galizien liegen neue authentische Nachrichten vor. Danach waren am 28. v. M. ein Leutnant mit 18 Soldaten und zwei Gendarmen nach Ladzkin gekommen, um dort mehrere Bauern wegen angeblicher Teilnahme an Gewalttätigkeiten, die sie nach einer aufgelösten Wahlrechts-Versammlung in Mizuiow begangen haben sollen, zu verhaften. Die Verhaftung wurde auch tatsächlich durchgeführt, doch gelang es den Verhafteten, während der Eskorte zu entfliehen. Der über die gelungene Flucht wütende Leutnant forderte hierauf eine zusammengelaufene Menge von circa 200 Personen, die meistens aus Frauen bestand, und die sich vollkommen ruhig verhielt, auf, die entflohenen Flüchtlinge zurückzubringen, widrigenfalls er schießen lasse. Die Menge ergriff jetzt, durch die wilden Drohungen des Leutnants von Furcht erfaßt, die Flucht. Und nun geschah das Entsetzliche, das ebenso unglaublich als fürchterlich klingt: der rasende Offizier ließ auf die fliehende Menge schießen! Das erklärt es auch, daß die Getroffenen und Verletzten alle von rückwärts getroffen sind. Als Tote blieben zwei Männer und eine Frau am Platze. Es gab also „nur“ drei Tote, aber da noch drei Personen schwerverwundet hoffnungslos

bar niederliegen, wüthte die ursprünglich gemeldete Zahl von sechs Totenopfern zur Stunde bereits erreicht sein. Die genaue Zahl der übrigen Verletzten ist noch nicht ermittelt. Gering wird sie nicht sein. Daß es nicht noch mehr Tote gab, ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Mehrzahl der Soldaten menschlicher fühlte als die Bestie von Offizier: sie schossen über die fliehende Menge hinweg.

Abgegeben wurden drei Salven! Der Wüterich kommandierte hierauf: „Rehrt euch!“ und ließ die Soldaten, ohne sich um die Toten und Verwundeten zu kümmern, in Doppelreihen und im Schnellschritt nach Mizuiow eilen.

Diese zuverlässigen Angaben bezeugen, daß es in dem genannten galizischen Bauerndorfe ein vieles brutaler zugegangen ist als es die ersten Nachrichten schilderten. Die Menge wurde nicht zum Auseinandergehen aufgefordert, sie hat die Militärabteilung nicht attackiert, sondern sie ergriff schon vor den Drohungen des rasenden Offiziers die Flucht und trotzdem ließ dieser Schuft im Offiziersrock auf die fliehenden Menschen schießen!

Um die Verhaftungen durchzuführen zu können und damit ja keiner entwischt, wurde das Dorf später von drei Kompanien Militär umzingelt. Auch die Verwundeten wurden als „Auführer“ in Haft genommen. Männer, Frauen und Mädchen wurden zusammenmengeleitet, abgeführt und ins Gefängnis geschleppt. Ein europäisches Kulturbild! Der eigentliche Mörder läuft natürlich noch frei herum und er darf auf eine ehrende Auszeichnung seitens seiner Vorgesetzten hoffen.

Das ging mit zwingender Deutlichkeit aus den Verhandlungen hervor, die das österreichische Abgeordnetenhause in seiner Dienstag-Sitzung sich leistete, der ersten Sitzung, die nach der Einbringung der Wahlreformvorlage stattfand. Unsere Genossen hatten über den privilegierten Mord in dem galizischen Dorfe Mizuiow einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der Antrag forderte die Bestrafung des Mörders und die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Die Begründung des Antrags gab Genosse Daszynski, der Abgeordnete von Krakau. Bürgerliche Blätter berichten über die Debatte:

Daszynski verwahrt sich dagegen, daß galizische Bauern, die dasselbe wollen wie die Regierung und der Kaiser, erschossen werden. Der Minister des Innern Wylandt erklärt, die Behörden seien vollkommen gesetzmäßig vorgegangen; etwaige Schuldige werden nach der Untersuchung bestraft werden. (Stürmische Unterbrechungen seitens der Sozialisten.)

Nun soll der Pole Abrahamowicz zu Worte kommen, die Sozialisten erheben aber einen minutenlangen Lärm. Abrahamowicz steht mit verächtlichen Armen da, während die Sozialisten rufen: „Polizeimensch Abrahamowicz! Der schmächtige Kerl darf nicht reden!“ Zwischen dem polnischen Abt Komrowski, der für Redefreiheit eintritt, und den Sozialisten Seiz und Schumier kommt es zu einem Rencontre. Seiz ruft: „Schande, daß ein Pfarrer gegen den Mord nicht auftritt!“

Abrahamowicz polemisiert nun gegen die Sozialisten, wird aber nach jedem Satz unterbrochen und erklärt schließlich, die Ruthenen seien an den Vorfällen schuld, da sie die Bauern aufhegen. Die Sozialisten rufen: „Sie können aber nicht erklären, Sie Schwindler, warum geschossen wurde!“ Graf Sternberg ruft den Sozialisten zu: „Ihr seid eine schöne Regierungspartei! Ich werde euch schon euer Sch... mail kloppen!“ Sternberg wird zur Ordnung gerufen.

Auch beim nächsten Polenredner Kozla wiederholen sich die Stürmungen. Schumier (Soz.) ruft: „Für die Polen sprechen nur Armentier! Diese Schandbände!“ (Rufe: Mordbände!) Unter lebhafter Umrufe werden die zwei eingebrachten Anträge angenommen, in denen das Bedauern über die galizischen Vorfälle ausgesprochen wird. Der Antrag Daszynski, der die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission fordert, wird abgelehnt.

Mit dem Bedauern läßt man sich genügen; eine Bestrafung des Mörders verhindert man.

Was ist denn an ein paar russischen Bauern gelegen, wenn es der Schlachta gefällt, sie hinrichten zu lassen! —

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 7. März 1906.

#### Konzentration im Bankwesen.

Die Konzentrationsbewegung, die seit einigen Jahren im Bankwesen geradezu verblüffende Fortschritte macht, hat auch Magdeburger Banken ergriffen. So berichtet die Magdeburger Privatbank in ihrem Bericht über das Geschäftsjahr 1905: Der Reingewinn beträgt 1 628 379 Mk. (i. V. 1 245 932 Mk.), die Dividende wird mit 6 Proz. (i. V. 5 Proz.) vorgeschlagen. In dem verflohenen Geschäftsjahr wurde das Aktienkapital von 18 000 000 Mk. auf 24 Millionen Mark erhöht. Die Bank hat sich in ihrem eigentlichen Geschäftsbezirk, namentlich der Provinz Sachsen durch Errichtung einer Reihe von Zweigniederlassungen, teils unter Uebernahme bereits bestehender Gesellschaften, weiter ausgedehnt, insbesondere mit dem 1. April 1905 eine Filiale in dem ihr benachbarten Halle a. S. errichtet, sowie eine Zweigniederlassung in Nordhausen, die sie unter Uebernahme der Nordhäuser Bank Akt.-Ges. in Nordhausen vom 1. Januar d. J. an als eine Filiale unter der Firma „Nordhäuser Bank, Filiale der Magdeburger Privat-Bank“ weiterführt. Mit Wirkung vom gleichen Termin übernahm die Bank das altangelegene Bankhaus Julius Eßan in Weimar sowie die seit langen Jahren bestehende Bankfirma Tobias Friede in Gardelegen und führt die letztere unter der Firma „Magdeburger Privat-Bank Filiale Weimar vormals Julius Eßan“ und die letztere unter der Firma „Magdeburger Privat-Bank Zweigniederlassung Gardelegen, vormals Tobias Friede“ weiter. Endlich beteiligte sie sich bei Beginn dieses Jahres mit einem Kommanditkapital von 250 000 Mark an der Hirschleber Bank, Gerson, Kohen u. Co., Komm.-Ges. in Hirschleber.

So werden die Großen immer größer! —

#### Verbesserungen im Gefängnis.

Schneller als wir es gedacht haben, hat die Gefängnisverwaltung unsern Wünschen, die wir vor einiger Zeit veröffentlichten, Rechnung getragen. Wie uns mitgeteilt wird,



sind die Eßgeschirre einer eingehenden Untersuchung unterworfen worden. Hierbei hat sich herausgestellt, daß die Kritik, die wir seinerzeit übten, der Wahrheit entsprach. Nachdem man die schlechtesten Eßnapfe austrangiert hatte, sind die andern mit einem neuen Zinküberzug versehen worden. Daß man sich zuerst den Eßgeschirren zuwandte, ist natürlich anzuerkennen. Inwiefern auch die übrigen von uns geäußerten Wünsche realisiert werden, wird man erst erfahren, wenn wieder einmal ein Preßkürdler auf längere oder kürzere Zeit dort sein Heim aufschlägt. —

— Eine Flugblattsuche in den Kaserne. Am Montag haben in den hiesigen Kasernen gründliche Durchsuchungen der Spinde stattgefunden. Gesucht wurde nach dem am letzten Freitag von der Sozialdemokratie verbreiteten Flugblatt. Da die Unteroffiziere vor der Durchsuchung der Spinde die Mannschaften einzeln gefragt hatten, ob sie vielleicht „solche Dinger“ haben, war das Resultat gleich Null. Die Maßnahme ist offenbar deshalb vorgenommen worden, weil das am 14. Januar verbreitete Flugblatt ein paar Tage später in einer hiesigen Kaserne an der Wand hing, was begreiflicherweise nicht geringes Aufsehen erregte. Der Urheber dieses, von uns übrigens durchaus nicht gebilligten Streiches, wurde damals nicht entdeckt. —

— Wenn eine Amnestie ausbleibt. Auf großes Vertrauen haben viele Leute gesetzt, die auf eine Amnestie anlässlich des Hohenzollern-Familienfestes rechneten. Die „Reichsgerichts-Korrespondenz“ teilt mit: „Eine große Anzahl von Angeklagten, welche gegen ihre Beurteilung Revision eingelegt hatten, haben in der letzten Woche das Rechtsmittel zurückergriffen, weil sie den Mitteilungen über eine aus Anlaß der Silberhochzeit des Kaisers eintretende Amnestie Glauben geschenkt hatten. Die armen Sünder müssen sich nun sofort zum Strafanktritt melden.“

Weiter wird gemeldet, daß verschiedenen wegen geringfügiger Dinge von Schöffengerichten verurteilten Personen der Rat erteilt worden sei, die Berufung zu unterlassen, damit sie des Vorteils der Amnestie teilhaftig werden. Auch diese Leute sind eines Rechtsmittels verlustig gegangen.

Aus früheren Vorfällen hätten die Leute eigentlich wissen können, wie Wilhelm 2. zu Amnestien steht. Es verdient auch noch registriert zu werden, daß die „Magdeb. Ztg.“, die vor dem Familienfest so nachdrücklich für eine Amnestie eingetreten ist, sich bisher über ihr Ausbleiben noch nicht geäußert hat. —

— Neue Verleumdungen durch Gewerksverleiner. An die Metallarbeiter Magdeburgs wurde in den letzten Tagen wieder ein Flugblatt der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinsleitung verbreitet, in dem in der üblichen Weise Tatsachen auf den Kopf gestellt, alte und neue Lügen und Verleumdungen aneinander gereiht werden. Wir haben Mühseliges zu tun, als uns mit solchem Schmutz zu beschäftigen, verstehen es allerdings, daß ein Mann wie Döbler, der infolge seiner Handlungen in Fabriks- und Werkstattversammlungen nicht mehr zugelassen wird, wünschenswertes solches Geschreibsel verbricht. Er hat ja jetzt Zeit dazu. Daß der Verfasser sich in fast jedem Satze wieder das Zeugnis der Unfähigkeit ausstellt, die Arbeiterbewegung auch nur verstehen zu können, kann uns nur recht sein. Weßhalb wir das Flugblatt aber erwähnen, liegt an der Schilderung eines Vorfalls, der sich bei Griesemann u. Co. ereignet haben soll und wieder von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Wie liegt die Sache: Durch die Lohnbewegung bei Griesemann wurde statt der bisher 11 stündigen die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt; die Ueberstunden, deren bisher trotz 11 Stunden noch an jedem Abend 2 verlangt wurden, sind auf höchstens zweimal 4 Stunden pro Woche festgelegt und jede Ueberstunde wird mit 10 Pfg. statt bisher 5 Pfg. Zuschlag bezahlt. Und das soll eine Niederlage sein? Wenn die Gewerksvereine auch nur einen solchen Erfolg aufzuweisen hätten, könnten sie stolz sein. Was dann von der Entlassung einiger Kollegen gesagt wird, ist platter Schwindel, da jene beiden nicht entlassen sind, sondern ohne eigentliche Ursache selbst aufgehört haben. Bei dieser Gelegenheit soll nach dem „Regulator“ auch wieder eine Schandtat an einem Gewerksvereinsmitglied begangen sein. Auch das ist Schwindel. Als der betreffende Kollege das Resultat der Lohnbewegung erfuhr, sagte er aus freien Stücken zu einem Beamten des Metallarbeiter-Verbandes, er sehe jetzt ein, daß er wieder in den Metallarbeiter-Verband gehöre. Uebrigens habe man ihm im Gewerksverein das Krankengeld verweigert (siehe da!); er wolle deshalb übertreten. So liegt die Geschichte in Wahrheit. Verleumdet nur ruhig weiter, die Magdeburger Metallarbeiter haben gesunden Menschenverstand. Sie räumen auf mit den Verleumdern und sorgen für die Weiterentwicklung ihrer Organisation, des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Beweis dafür liegt darin, daß im neuen Jahre der Metallarbeiterverband schon wieder soviele Mitglieder aufgenommen hat, resp. soweit aus andern Organisationen übergetreten sind, als die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine der Metallarbeiter in Magdeburg insgesamt Mitglieder zählen. Das genügt uns. —

— Die dicken Backen der Straßenbahner. Jungzeit ist wieder bei der Straßenbahn eine größere Anzahl von Personen eingestellt, die nach gut verlaufener Probezeit Aussicht auf Anstellung haben. Wie immer bei derartigen Anlässen ließ es sich Herr Direktor Geßler nicht nehmen, an die größtenteils von auswärtig gekommenen Leute eine jener Ansprachen zu halten, von denen er annimmt, daß sie einen nachhaltigen Eindruck hervorbringen. Unter anderem ließ Herr G. durchblicken, daß die Stellung hier in Magdeburg eine durchaus angenehme sei. (Beweis: Die vor einigen Tagen eingereichten Lohnforderungen der Angestellten. Ann. d. Ned.) Die zur Probezeit Angenommenen sollten sich einmal die Angestellten ansehen, alle seien gut genährt, rot und munter und hätten alle dicke Backen. Die körperliche Arbeit sei minimal, trotzdem würde ein Lohn von 3 Mark pro Tag und jede Ueberstunde mit 35 Pfg. bezahlt. Hoch beglückt über die herablassende Art der Herrn Direktors sowie über die Aussicht, eine so vorzügliche Arbeitsstätte gefunden zu haben, verließen die Lehrlinge, die zunächst drei Wochen unentgeltlich den Fahrdienst zu erlernen haben, das Bureau. Nach dem 1. April wird Herr Direktor Geßler jedenfalls erfahren, ob die dicken Backen der Angestellten von einer zu guten Ernährung oder von der unausgesetzten Zugluft, in der sich besonders die Wagenführer befinden, herrühren. —

— Eine Lohnbewegung der Kutscher in Sicht. „Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kutscher Magdeburgs, und wie können dieselben verbessert werden“ — so lautete das Thema, über das Genosse Ferdinand Weidner am Dienstag abend in einer stark besuchten öffentlichen Kutscher-Versammlung im „Dreikaiserbund“ referierte. Neben Schilderte an der Hand eines überflüssigen und reichhaltigen Materials die wirtschaftliche Lage der Kutscher. Durch die Erhebungen, die das Reich im Jahre 1902 angestellt hat, sei die überaus traurige Lage der Kutscher deutlich festgestellt worden. Die Arbeitszeit ist über die Gebühr lang, Raufen gibt es wenig oder gar nicht. Sonntagsarbeit ist für alle im Fuhrwerksbetriebe beschäftigten Arbeiter zur Gewohnheit geworden. Der Beruf eines Kutschers ist gefährlicher als der der Bergleute. Laut Statistik vom Jahre 1904 tödlichen nicht weniger wie 78 Unfälle auf 1000 im Fuhrwerksbetriebe beschäftigte Personen. Diese Unsumme von Unfällen sät bei der Schwierigkeit, entsprechende Renten von der Berufsgenossenschaft zu erhalten, sehr oft zum Ruin der Familien. Bedauerlich im höchsten Maße seien auch die minimalen Leistungen der im Fuhrwerksbetriebe bestehenden Ortskrankenkasse. Von einem Familienleben könne bei einer Arbeitszeit von 12, 14 und 16 Stunden und mehr nicht die Rede sein. In ausführlicher Weise wurden die Arbeitsverhältnisse bei einer Reihe von hiesigen Firmen sowie die Verbesserungsbedürfnisse Wohnungsverhältnisse der Kutscher besprochen. Redner schlägt vor, für eine Erhöhung der Löhne einzutreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 6. März im „Dreikaiserbund“ tagende öffentliche Kutscher-Versammlung hält zur Verminderung der hohen Kranken- und Sterblichkeitsziffer und zur frühzeitigen Invaliddität und zur Verminderung der vielen Unfälle und zur Wiederherstellung des Familienlebens und einer besseren Ernährung, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne der Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs dringend geboten.

Die Versammlung erblickt in der Einführung der unten angegebenen Arbeitszeit und der Wochenlöhne den ersten Schritt auf dem Wege, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs so zu gestalten, daß sie den Anforderungen entsprechen, die das Leben an die Kutscher stellt. Die Vorschläge der Kutscher lauten:

1. Die tägliche Arbeitszeit beginnt am Werktagen um 5 Uhr morgens und endet um 7 Uhr abends.
2. An Sonn- und Festtagen darf der Kutscher nur von 7 bis 9 Uhr morgens beschäftigt werden.
3. Die tägliche Arbeitszeit wird unterbrochen durch eine 1/2 stündige Frühstückspause, 1/2 stündige Mittags- und 1/2 stündige Vesperpause.
4. Jeder vierte Sonntag ist dem Kutscher vollständig freizugeben. Der Wochenlohn beträgt für die Kutscher 25 Mark. Die Ueberarbeit und Sonntagsarbeit wird pro Stunde mit 50 Pfg. vergütet.

Den Kutschern, die über Land fahren, wird für den Tag 1,50 Mark und für die Nacht 3 Mark Bezahlung vergütet. Den Kutschern wird eine humane und anständige Behandlung zugesichert.

Die Fuhrherren haben in Zukunft Baternen, Del usw., was sich bisher die Kutscher teils selbst anschaffen mußten, zu liefern.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrrsarbeiter, den Besitzern der gewerblichen Fuhrwerksbetriebe Magdeburgs die Resolution mit entsprechender Begründung versehen zu übermitteln.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. —

— Ueber „verrohte Jugend“ unterhält man sich gegenwärtig wieder auf der Eßelnese eines hiesigen Interentenblattes. Zu dem Thema hat nun ein „Ordnungsliebender“ das Wort ergriffen, der in dieser Weise über die Magdeburger Jugend urteilt:

„Wenn man den strömerischen Skandal, den diese arme, überhäufte Jugend von früh bis spät in die Nacht hinein auf den Straßen vollführt und das jetzt so beliebte Gejohle dieses jugendlichen Straßengefindels hört, kann man wohl kaum von Uebererziehung sprechen. Was sagt der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs hierzu? Jeder Fremde, der hierherkommt, ist entsetzt über den Lärm und Unfug, den die Jugend hier vollführt. Wo bleiben die Polizei und der Paragraph über groben Unfug und unehrerwürdigen Lärm? Oder darf sich die Jugend hier alles erlauben, was dem Erwachsenen verboten ist? Man bedenke, daß nach einem Ausspruch des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen Magdeburg den zweitgrößten Prozentjah jugendlicher Verbrechen in der Provinz stellt. Das wollen natürlich die Leute, die es angeht, nicht hören. Hier kann nur ausgiebige Beschäftigung der Jugend durch häusliche Arbeiten, ausreichende Prügelstrafe in der Schule und Hastpflichtmachung der Eltern für die Schandtat ihrer Sprößlinge sowie strengste Polizeiaufsicht helfen. Dies sollte man schon im staatsrechtlichsten Interesse tun, denn die Leute, die in ihrer Jugend nicht Buße und Ordnung kennen gelernt haben, werden sich auch später beim Militär durch Disziplinlosigkeit oder im Leben als Unzufriedene auszeichnen. Am besten wäre es, wenn sich alle ordnungsliebenden Bürger zusammenschließen, um unter der Beise „Gehü vor der Jugend!“ auf jede Weise den oben beschriebenen Zuständen zu steuern.“

Der Schreiber dieser Zeilen meint, man werde ihn wohl als Reaktionsär und Prügelpädagogen beschreiben, aber das lasse ihn kalt. Er darf beruhigt sein. Leute, die im „Staatsrechtlichen“ Interesse 10 jährige und noch jüngere Kinder unter Polizeiaufsicht stellen wollen, beurteilt man überhaupt nicht, die bedauert man bloß. —

— Nahrungsmittelverfälschung. Der Kolonialwarenhandeler Gustav Krüger hier führt seit zwei Jahren ein Gemisch von 25 Prozent Honig und 75 Prozent andern Substanzen, hauptsächlich Zucker, das er unter der Bezeichnung „Extrakteur präparierter Tafelhonig“ verkauft. Unter diesem Namen infizierte Krüger den Kaufmann auch in der Zeitung. Die Wienerzucker fühlten sich durch das Vorgehen des Angeklagten beeinträchtigt und stellten Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs. Das Schöffengericht erkannte am Dienstag wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz im Zusammenhange mit unlauterem Wettbewerbs auf 30 Mk. Geldstrafe. —

— Feuerbestattung. Die Bestrebungen zur Einführung der Feuerbestattung gewinnen fortgesetzt weiteren Boden. So bildeten sich in Laufe dieses Jahres neue Vereine für Feuerbestattung in Altona, Saalfeld, Schwalbich Grund, Berlin (Sparverein für Freidenker), Remmingsen, Mühlhausen und Regensburg. Ein deutsche Krematorien sind bereits in Betrieb. Im Bau sind die von Hagen, Chemnitz, Bremen und Stuttgart. Projektiert sind solche in Böhme, München, Dessau, Darmstadt, Göttingen, Straßburg, Lübeck, Gannstadt, Eöthen, Leipzig, Sonneberg, Plauen i. V., Freiberg i. S., Rostock, Hirschheim, Renthlingen, Apolda und Weimar. Zum Teil bewilligten die Stadtverwaltungen kostenlos den Bauplatz und sehr bedeutende Geldmittel. Im Herzogtum Anhalt-Dessau ist vor einigen Tagen der Gescheitwurf der Regierung zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung durch den Landtag zur Annahme gelangt, so daß sich nach Fertigstellung des Krematoriums in Dessau die Kosten einer Bestattung von Magdeburg aus auf etwa 200 Mark stellen werden. — Auch auf dem hiesigen jüdischen Friedhofe ist ein besonderer Platz für Aschenbeisetzungen bestimmt worden. —

— Ein großer Menschenauflauf entstand am Dienstag abend gegen 8 1/2 Uhr auf dem Haselochberg. Ein dort wohnender geistlichschwacher junger Mensch war von einem anscheinend angetrunkenen polnischen Arbeiter schwer mißhandelt worden. Einige Arbeiter, die hinzusprangen und den Wüterich von seinem Opfer hinwegjagten, machten der häßlichen Szene ein Ende. —

— Tödtlich verlaufener Unfall. Der im Hause Hundsbürgerstraße 11 wohnhafte Maurer Richard Knierem wurde auf der Treppe des genannten Grundstücks besinnungslos aufgefunden. Auf dem Transport nach dem Neustädter Krankenhaus ist R. verstorben. Man nimmt an, daß R. abgestürzt und sich hierbei das Genick gebrochen hat. —

— Wilhelm-Theater. Am Donnerstag findet eine Festschulung der reizenden Baubühne-Operette „Wie man Männer fesselt“ statt. —

— Die Prentere vom „Schäpullese“ ist nun ebenfalls am Mittwoch den 14. März festgesetzt; gleichzeitig findet das Benefiz für die erste Soubrette Fräulein Annä Farmer statt, die in dieser glänzenden Novität die Titelpartie der Fiesel spielen wird. —

— Im Circus Carrafont, dessen Besuch nach wie vor ein sehr guter ist, haben neben den wunderbar besten Elefanten des Direktors Carrafont und den Akrobaten-Bären von Mr. Batty, die sogenannten fliegenden Menschen eine besondere Zugkraft aus. Es ist wirklich faszinierend, mit welcher Sicherheit die drei Roberts ihre schwierigen Evolutionen an ihren Aufstapparaten ausführen. Auch das übrige Programm weist manches Neue auf und zeigt, daß die Direktion sich keine Mühe und Kosten verdrängen läßt, dem Publikum in jeder Weise etwas Gebiegenes zu bieten. —

## Letzte Nachrichten.

### Die russische Revolution.

\* Petersburg, 7. März. Der Scherzpreffe wird von hier telegraphiert: Der vielgenannte Georg Gapon befindet sich wieder in Petersburg. Ohne von der Polizei belästigt zu werden, präsiert er einer Arbeiterversammlung, in der es sehr lebhaft zugeht, namentlich als das Thema von den verschundenen 80 000 Rubeln behandelt wurde. Einer der Genossen, namens Fischeremudin, auf dem der Verdacht ruht, daß er 6000 Rubel dieser Summe erhalten hat, zog plötzlich einen Revolver hervor und erschoss sich. Gapon will ein Gerichtsverfahren gegen sich erzwingen, wie er heute in einem offenen Briefe der Redaktion der „Rus“ mitteilt. Vielleicht erfährt man auf diesem Wege, ob Gapon wirklich — wie er beschuldigt wird — in Diensten der Geheimpolizei gestanden hat. — Aus Petersburg wird gemeldet: Im dortigen Gefängnis sind 60 politische Verbrecher interniert, von denen über die Hälfte beschloffen, zu hungern. Seit sechs Tagen führen sie keine Speisen an. —

\* Riga, 7. März. Bei Rehen in Kurland verfolgten Dragoner acht Revolutionäre. Die Spuren führten zu einem Bauernhof, dessen Besitzer herausstrat und erklärte, daß die Gefuchten nicht dort seien. Als aber ein Dragoner das Haus betrat, wurde er sofort durch einen Flintenschuß getötet. Die übrigen Dragoner eröffneten daraufhin ein Gewehrfeuer, töteten alle Revolutionäre und brannten den Bauernhof nieder. —

\* Warschau, 7. März. Der Oberinspektor der Staatsschulen Orlov wurde auf der Marschallstraße durch Revolutionäre schwer verwundet. Ein Polizeikommissar und ein Oberschulmann in Lodz wurden erschossen; die Täter sind entkommen. —

\* London, 7. März. Nach einer Uätermeldung aus Petersburg herrscht in allen Teilen des russischen Reiches der tiefste Schrecken. Hunderte von streikenden Arbeitern und meuternden Soldaten werden jede Woche standrechtlich verurteilt und ohne weiteres erschossen. Fast alle fortschrittlichen Zeitungen sind bereits unterdrückt und deren Herausgeber hinter Schloß und Riegel. Auf der transsibirischen Eisenbahn ist der Verkehr unterbrochen, so daß der Transport von Lebensmitteln nach dem Transbaikal unmöglich geworden ist. Infolgedessen herrscht im Transbaikal eine Hungersnot. Die Sterblichkeitsziffer unter den Truppen sowie unter der Bevölkerung ist außerordentlich hoch. —

Sd. Berlin, 7. März. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich gestern nachmittag auf einem Neubau in Reinickendorf. Zwei in der dritten Etage beschäftigte Maurer stürzten infolge Bruchs des Gerüstes in die Tiefe und blieben im Keller schwer verletzt liegen. Sie wurden in bewußtlosen Zustände nach dem Krankenhaus gebracht. —

\* Bochum, 7. März. Der alte Bergarbeiter-Verband beruft für die rheinisch-westfälischen, schaumberg-lippischen und mittelrheinischen Bergarbeiter zahlreich Besprechungsveranstaltungen zur Erörterung der Lagefrage ein. Das Organ des genannten Verbandes beauftragt die auf der preussischen Bergarbeiter-Konferenz angeregte Verschmelzung der Verbände. —

\* Essen, 7. März. In der Beantwortung einer von der Siebennerkommission an den Bergbauverein im Auftrag der Revierkonferenz gerichtete Eingabe wegen Lohnerhöhung lehnt diese abermals ab, mit der Kommission in Verbindung zu treten, da er in ihr die Vertretung der Hüttenbergleute nicht erblicken könne. Jede Bechenverwaltung schließt selbständig die Schichtlöhne und Gebüuge mit den einzelnen Kameradschaften und Arbeitern ab. —

\* Sjerlohn, 7. März. Bei der gestrigen Gewerkschaftswahl siegten die freien Gewerkschaften mit 857 Stimmen, die Christlichen erhielten 337, die Unabhängigen 183. —

\* Darmstadt, 7. März. In der Zweiten Kammer führte Minister Braun aus: Die Heimarbeit ganz zu verbieten, sei heute nicht mehr möglich, es würden sich immer Leute finden, welche unter noch elenderen Bedingungen arbeiteten. Eine Besserung müsse hier auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge geschaffen werden; es müsse gelingen, eine ausreichende Kontrolle zu schaffen und eine Festsetzung des Minimallohnes herbeizuführen. Die Heimarbeiter müßten den Industriearbeitern an Lohn gleichgestellt werden. —

\* München, 7. März. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer erklärte Finanzminister v. Pfaff unter starkem Beifall der Linken, daß die Staatsregierung den Antrag Brieger auf Einführung einer Staatslotterie ablehne, weil diese nicht zweckmäßig sei. Bayern habe auch, ohne einen Finger zu rühren, sehr erheblichen Vorteil von der preussischen Staatslotterie, indem es am Reichsanteil mit jährlich 4 Millionen Einnahmen aus Lotterien partizipiere. —

Sd. Paris, 7. März. Am gestrigen Abend trafen aus mehreren Departements ernste Nachrichten über blutige Zusammenstöße bei Inventuraufnahmen ein. Geradesu fürchtbar waren nach Depeschen aus Dünkirchen die Kämpfe in Boeschepe bei Hazebrouck. Durch Revolverbeschüß wurde dabei ein Fleischnhauer getötet, der Pfarzer wurde schwer durch einen Schuß verwundet fortgetragen, ebenso der Steuereinnahmer und ein Soldat. Die Kirche von Steigneres bei Charleville war ebenfalls der Schauplatz opferreicher Barrikadenkämpfe. Das Inventar konnte zwar aufgenommen werden, aber die Beamten, welche wegen der in allen Räumen verbreiteten Schwefelbämpfe ihre Arbeit wesentlich abhürzen mußten, leiden noch unter den Folgen dieses Aufstehens. Aus Bayonne wird die Verhaftung des Marquis Arcangues gemeldet, welcher den bewaffneten Widerstand leitete. —

Sd. Paris, 7. März. Ueber den ersten Zwischenfall bei der Inventuraufnahme in Boeschepe wird noch gemeldet: Der Steuerbeamte, der sich in Begleitung seines Sohnes befand, wurde ohne weiteres von einer großen Anzahl Kundgeber überfallen, welche auf ihn einschlugen. Sein Sohn sprang hinzu und tötete einen der Angreifer, worauf es schließlich zu einem großen Handgemenge kam. Der Abgeordnete Lemire wird die Regierung über diesen Zwischenfall in der Kammer interpellieren. —



Kredit auch nach aussenhalb!

# Möbel

Für 1 Zimmer Anzahl. 8, wöchentl. 1.00  
Für 2 Zimmer Anzahl. 15, wöchentl. 2.00  
Für 3 Zimmer Anzahl. 25, wöchentl. 3.00  
Für 4 Zimmer Anzahl. 40, wöchentl. 4.00  
ufo. Ferner

**Einzelne Ersatzteile**

Anzahlung von 5 Mark an.

**Anzüge für Herren und Knaben**

**Damen-Jackets u. -Kragen**

2403

Manufakturwaren jeder Art.

Teppiche, Portieren, Gardinen usw.  
in großer Auswahl.

# S. Osswald

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14, I.

Kunden, welche ihr Konto beglichen, sowie Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Kinderwagen von 5 Mk. Anzahlung an  
Größtes Geschäft dieser Art am Platze.

## Liederbuch für Arbeiter - Radfahrer - Vereine



Herausgegeben vom Verlag des „Arbeiter-Radfahrer“, Karl Berg in Halberstadt.

Preis 20 Pfg. für jeden Radfahrer unentbehrlich!

Buchhandlung Volksstimme

## Für die Konfirmation!

Ein großer Posten

**Konfirmanden-Anzüge**

beständiger Qualität enorm billig.

**Schwarze Jacketts**

für **Konfirmandinnen**  
reizende Reusen, in jeder Preislage.

Ein kleiner Posten **Kleiderstoffe**

zur besten Qualität zu ganz niedrigen Preisen.

Weisse u. farbige Unterröcke sehr preiswert.

Als ganz außergewöhnlich billig empfehle ich

**Einen groß. Posten Sommerpaletots**

in den modernsten Mustern.

Einen großen Posten **Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge**

Duete Westen. Arbeiter-Garderobe.

Ein Posten **Gardinen** weiß und creme

fenster von 1.75 Mark an.

Ein Posten **Damenwäsche** weit unter

regulärem Preis.

Blusen, Kostüm Röcke, Kostüme, Stabmäntel

höchstentsprechend billig.

Ein Posten **Damen-Zuch-Jacketts**

für jeden annehmbaren Preis.

**Gelegenheitskauf-Geschäft**

# Adolph Michaelis

Ratswageplatz 1, Eing.: Apfelstr., erste Tür.

## Georg Mook's Möbel-Magazin

gegenüber der Fontäne  
Breiteweg 135

3. Gang neben Gasthof „Hollern“  
in den Räumen posterior und  
2. Stage. 2085

- Niederstühle 28-75 Mk. ufo.
- Bettlos 36-80
- Bettelstühle 20-30
- Bettelstühle 8-24
- Bettelstühle 14-26
- Bettelstühle 21-50
- Bettelstühle 3-4
- Bettelstühle 5.50-7
- Teppiche mit
- Konsole 38-85
- Bettel 120-250
- Bettel 100-150
- Bettel 9-20
- Bettel 18, 24, 30
- m. Matrasen 35-70
- Bettel 28-40
- Bettel 40-45
- Bettel 60-80
- Bettel 65-85
- Bettel 80-110
- Bettel 30-50
- Bettel 120 Mk. an
- Bettel 22-40 Mk. ufo.
- Bettel 37-48
- Bettel 2.50-3
- Bettel 8-12
- Bettel 21-30

**Ganze Ausstattungen**  
von 200 bis 5000 Mk.  
in streng reeller Ausführung.

**Bevor Sie sich ein**

## Fahrrad

zulegen, lesen Sie sich meine  
Machinen an und überzeugen  
Sie sich von der

**enormen Preiswürdigkeit**

**Gelegenheitskauf-Geschäft**

# Adolph Michaelis

Ratswageplatz 1, Eingang  
Apfelstraße

erste Tür.

Schöne weiße

## Bettfedern

**Fertige Betten**

**Federliche Inletts**

am besten und billigsten offeriert  
unter Garantie 2671

# Carl Gottschalk

Magdeburg-Mecklenburg.

**Tinte** (tief schwarz) empfiehlt die  
Buchh. Volksstimme.

Leser der „Volksstimme“  
kauft bei 2817

# J. Brilles

Neustadt  
Lübeckstraße 20.

**Stauend billig!**

**Seifen aller Art**

Grüne Seife Sp. 15 Pf.  
Cremefarbe, Stärke

Milchflaschen mit Korken  
Stück 5 Pf. 2311  
Kaltbare Gummi-Sauger  
ohne Naht, Stück 15 Pf.  
**Gustav Schubert**  
Drogen-Handlung  
Südend., Halberstädterstr. 107  
Gegenüber der Südfriedhof.

# Liquidations-Ausverkauf

meines gesamten Warenlagers.

Wie langjährig bekannt ist, führt mein Geschäft nur feinste erst-  
klassiger Firmen in besten Qualitäten und kommen solche von

**Montag den 12. März er. an**

zu Aufsehen erregenden, billigen Preisen behufs schneller Räumung  
zum Verkauf.

Jede Dame nehme diese wirklich vorteilhafte Kaufgelegenheit wahr.

Das Geschäft bleibt wegen der notwendigen Vorbereitungen von Donner-  
stag bis Sonntag geschlossen.

Der Verkauf beginnt Montag den 12. ds. Mts., früh 9 Uhr.

## Bernhard Dornbusch Nachfolger

**Greizer Kleiderstoff-Lager**

261 Breiteweg 261.

261 Breiteweg 261.

Verkaufszeit: 9-12 Uhr vormittags, 2-7 Uhr nachmittags.  
Der Laden ist zu vermieten. Die Geschäftseinrichtung zu verkaufen.

# BROCKHAUS

Erscheint soeben  
66 Hefte je 30 Pf.  
2 Bände geb. 24 Mk.  
Reich illustriert B

# KLEINES KONVERSATIONS-LEXIKON

Vorrätig in der...  
Buchhandlung  
Volksstimme.

**Billige Stiefel**  
nur Altes Brücktor 2

## Restaurant

**Arbeiterlokal**

Borsdorf, gegenüber einer Fabrik, zu  
verpachten. Forberung für gutes In-  
ventar 1800 Mk. Brauerei unterstützt  
mit 6-800 Mk. Näh. unter Adresse  
B. B. 20 Exp. der „Volksstimme“  
in Magdeburg, Jakobstr. 49. 1157

Wer bei **Kaphengst**  
kauft, spart Geld!

**Bettfedern-Versand-**  
**Haus**

# Otto Kaphengst

Magdeburg-Sudenburg

2906 Rußer franko!

**Knopf- u. Schnürstiefel**

starke Ware 2661  
25-26 27-30 31-35  
3.00 3.35 3.75

**W. Brandt, Ecke Gärtnerstr.**

Al. Möbel-Anzüge werd. angen.  
Fr. Michaelis, Hafenstraße 2.  
Auch von und nach außerhalb. 1159

## Dampf-Molkerei-

## Butter

Fein . . . Sp. Mk. 1.25  
Hochrein Sp. Mk. 1.30  
im Stück und Stück.

5 Proz. Rabattparmarcken  
**Butterhd. Edelweiß**  
Fab. J. P. Schwan  
40 Halberstädterstraße 40  
Zucker Sp. 20 Pf.

Vergessen Sie nicht  
die **Gratisprobe**

## Pulver Enameline

**Ofenschwärze** M202  
— fertig zum Gebrauch — verdirbt nie —  
welche Sie dieser Tage erhalten,  
zu prüfen.

## Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Fürstenufer 6 I (dicht bei der Strombrücke), Telefon 2341.  
Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen,  
Waisen, Dienstboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer  
Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr.  
Außer der Auskunftszeit ist das Sekretariat für Auskunfts-suchende geschlossen.

Im Kunstverlag von Albert Langen, München, erscheint:

## Die Frau in der Karikatur

von Ebnard Fuchs  
in 20 Lieferungen à Lieferung 1 Mark.

Bestellungen nimmt entgegen  
Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49.

**Reißzunge** empfiehlt die Buchh. Volksstimme

## Dampfwash- u. Plättanstalt Braunlage i. H.

Suche sechs tüchtige Plätterinnen, mehrere Frauen  
oder Mädchen zum Bedienen der Dampfwasch- u. Plätt-  
anstalt, auch zwei Waschfrauen und ein Mädchen für alles.  
Antrittszeit am 1. und 15. Mai. Lohn und Ver-  
pflegung gut.  
C. Rost.



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 56.

Magdeburg, Donnerstag den 8. März 1906.

17. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

58. Sitzung.

Berlin, 6. März, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Heinebaben, Kräfte.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung einer Novelle zum

### Reichsstempelgesetz.

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Stengel begründet und empfiehlt kurz die Vorlage, welche die unzulässigen Schatzscheine des Reiches und der Einzelstaaten von der Umsatzsteuer befreit und gewisse Erleichterungen im Kreditverkehr schafft. Es handelt sich darum, den Kurs der Reichsschatzschätze zu heben. Gegenüber dieser wichtigen Aufgabe kann ein etwaiger Ausfall im Stempelsteuereinkommen nicht in Betracht kommen. Wir hoffen übrigens, diesen Ausfall durch Vermehrung des Umsatzes zu vermeiden. Die Vorlage wird die Beratung über die Reichsfinanzreform nicht verlangsamen, sondern beschleunigen.

Abg. Dr. Wagem (Ztr.) empfiehlt Ueberweisung an die Steuerkommission. (Bravol i. Ztr.)

Abg. Wamp (Rp.) hat schwere Bedenken gegen die Vorlage und gegen die Kommissionsberatung, will aber in die Kommissionsberatung einwilligen und die Vorlage wohlwollend prüfen. In den Grundlagen des Vorfengesetzes darf aber nicht gerüttelt werden. (Bravol rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Wp.) würde Erledigung im Plenum vorgehen. Ueberweisung an die Steuerkommission ist um so bedenklicher, als diese Kommission eine geradezu tropische Fruchtbarkeit im Ausschneiden neuer Steuerprojekte bewiesen hat. (Beifall links.)

Abg. Reitz (Lns.) ist für Kommissionsberatung. (Bravol rechts.)

Abg. Womfse (Freis. Wg.) begrüßt als „einziger Sachverständiger“ die Vorlage als einen gewissen Fortschritt, erhebt Ausstellungen an ihren Einzelheiten, würde Erledigung im Plenum vorgehen, will aber der Kommissionsberatung nicht widersprechen. (Bravol links.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) bestreitet, daß Abg. Womfse einziger Sachverständiger sei und willigt trotz mancher Bedenken in die Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Wagem bestreitet ebenfalls, daß Abg. Womfse einziger Sachverständiger sei und empfiehlt nochmals Ueberweisung an die Steuerkommission.

Abg. Womfse hält daran fest, daß er einziger Sachverständiger ist.

Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag auf Ueberweisung an die Steuerkommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Volkspartei angenommen.

### Die zweite Lesung des

### Reichspostgesetz

wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt. Gleichzeitig werden die Resolutionen der Budgetkommission auf freie Paketendung an und von Soldaten, Erweiterung des Telephon- und Telegraphenverkehrs auf dem platten Lande, Abschaffung des Postgelbes und eventuelle Beschränkung der Postfreiheit für fürstliche Personen mitberaten.

Staatssekretär Kräfte antwortet auf die gestrigen Reden der Abg. Singer und Kopsch. Die Verwaltung ist bemüht, Einrichtungen zu treffen, welche die Telephonisten vor der Beschäftigung durch elektrische Ströme schützen. Die Einschränkung der freien Sonntage für Telephonisten war unvermeidlich, da ihnen aus Gesundheitsrücksichten längere Ruhepausen an Wochenenden bewilligt werden sind. Das Maximum der Strecken von Landbriefträgern beträgt 27 bis 28 Kilometer pro Tag. — Die Beschwerden des Abg. Singer über einzelne Postämter werden geprüft werden. Ich habe auch seine vorjährigen Beschwerden prüfen lassen und einige bedauerliche Ausweichungen von Vorgegeben gegenüber Untergeben festgestellt. Natürlich ist sofort Remedur geschaffen worden. — Ich bin weit davon entfernt, die Lage der Postbeamten als nicht verbesserungsbedürftig zu bezeichnen; aber die gegenwärtige schlechte Finanzlage verhindert zurzeit die allgemeine Verbesserung. — Was die Vorschläge in der Steuerkommission, die sich auf die Post beziehen, betrifft, so bin ich durchaus gegen Erhöhung des Brief- wie des Zeitungspostos; nur halte ich eine Postverhöhung bei Weillagen angebracht, die doch keine Preisvergrößerung, sondern Geschäftserlöse sind. Dagegen bin ich allerdings der Ansicht, daß wir beim 2 Pfennig-Porto auf die Dauer nicht eine Karte beilegen können, deren Herstellung immerhin ein Drittel bis vier Fünftel Pfennig kostet. — In Sachen des Assistentenverbandes habe ich zu bemerken, daß die Reichspostverwaltung sich nicht agitatorischem Druck fügen und eine „Wache“, wie sie oftmals im Organ des Verbandes geführt wird, nicht dulden darf. Es war meine Pflicht, dies den Vertretern des Verbandes eröffnen zu lassen und in diesem Sinne hat sich denn auch in vollem Einverständnis mit mir der Direktor Franz geäußert. (Bravol rechts.)

Abg. Dr. Wähg (natl.) führt Beschwerde darüber, daß dem Postassistenten Köppler in Leipzig auf Verreiben der Zentrumsfraktion von der vorgesetzten Behörde verboten sei, in einer Versammlung des evangelischen Bundes zu reden oder auch nur zu erscheinen. — Die Frage des Verhaltens der Behörde zum Assistentenverband ist schwierig. Man kann dem Verband nicht verargen, daß er Fühlung mit den Fraktionen des Reichstags zu nehmen sucht; andererseits kann aber nicht eine sozialdemokratische Agitation nach französischem und russischem Muster unter den Postbeamten geduldet werden. — Redner tritt dafür ein, verheiratete Beamte nach den Kolonien zu senden, freut sich über die Ausdehnung der Sonntagsruhe, hält aber die Einführung der absoluten englischen Sonntagsruhe nicht für empfehlenswert. — Redner empfiehlt namens seiner Fraktion eine Resolution, die 1. Anrechnung der Militärdienstzeit, 2. Anpassung des Wohnungsgeldes der unteren und mittleren Beamten an die Mietspreise, 3. höhere Bezüge für Oberpostpraktikanten und höheres Anfangsgehalt für Post- und Telegrapheninspektoren sowie schließlich 4. Vereinigung der Oberpostinspektoren und Postdirektoren zu einer einheitlichen Besoldungsklasse mit einem Höchstgehalt von 6000 Mark nebst besonderen Zulagen für leitende Stellen fordert. (Beifall b. d. Natl.)

Staatssekretär Kräfte verteidigt die Stellungnahme des Reichspostamts in Sachen des Assistenten Köppler. Herr Köppler, ein Mann von 26, 27 Jahren, hat scharf antikatolische, in Form und Inhalt recht anstößige Schriften auch an katholische Familien geschickt, die sich dadurch provoziert gefunden haben. Die Zentrumsfraktion hat mit der Sache nichts zu tun. Auf Grund eingelaufener Beschwerden ist dem Assistenten ernste Mißbilligung ausgesprochen worden; das Verbot aber, das der betr. Amtsverband im Einverständnis mit der Oberpostdirektion Leipzig erlassen hat, ist vom Reichspostamt als nicht gerechtfertigt erklärt worden. Postbeamte haben sich das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu erwerben und müssen sich daher jeder Agitation enthalten, welche einzelne Bevölkerungsklassen verletzt. Die Beamten der Post, einer nicht-

politischen Verwaltung, müssen die Freiheit der richterlichen Beamten in politischen Dingen genießen. (Beifall links.) Redner sagt unter Hervorhebung der entgegenstehenden Schwierigkeiten tünlichste Berücksichtigung beschriebener vom Redner geäußerten Wünsche zu.

Geheimer Oberregierungsrat Neumann äußert finanzielle Bedenken gegen die Resolution Köppler.

Abg. Lattmann (Wirtsch. Wg.) preist die Fortschritte auf allen Gebieten des Postwesens, wünscht aber größere Berücksichtigung des platten Landes. Die ungarische Post weigert sich, Telegramme mit deutscher Städtebezeichnung zu befördern. (Abg. Dorfankh (Wol.) ruft: Ganz wie bei uns! Seiterzeit!) Redner warnt vor allzu großer Ausdehnung der Frauenarbeit im Postbetrieb. Die Geschlechtsgegensätze der Anita Lugsburg sind den Anforderungen des Telegraphen- und Telephondienstes nicht gewachsen. Die Ostmarkenzulagen sollte die Regierung so lange fordern, bis sie sie bewilligt bekommt. Die enormen Preise, die die Postverwaltung bei der Erwerbung von Grundstücken bei Neubauten zu zahlen hat, sollten ihr nahe legen, dem Gedanken der Wertzuwachssteuer näher zu treten. (Beifall b. d. Natl.)

Unterstaatssekretär Sydow erklärt, daß die Anwendung der Namen Kronstadt, Breßburg, Hermannstadt in Telegrammen nach Ungarn nach Lage der ungarischen Gesetzgebung ausgeschlossen ist, daß aber zur Erleichterung des Publikums ein Verzeichnis der betreffenden Orte herausgegeben werden soll. Das Publikum kann dann die deutschen Namen gebrauchen, während die Postbeamten die Telegramme mit den ungarischen Ortsnamen weiter zu geben haben.

Abg. v. Chlapowski (Wol.) tabelt, daß man die Post in den östlichen Provinzen kassatischen Bestrebungen dienstbar mache. Ein polnischer Postbeamter, der für einen Polen gestimmt hatte, wurde „Schwein“ geschimpft. (Hört, hört! bei den Polen.) Die verletzten Polen werden wie Strafbefehle behandelt. Die sportmäßig betriebene Germanisierung polnischer Ortsnamen treibt die tollsten Blüten. In dem Telephonverzeichnis für Polen sind eine Unmenge polnischer Namen absichtlich falsch gedruckt worden. Die Reichspostverwaltung degradiert sich zur Generalagentur des Ostmarkenvereins. (Bravol bei den Polen.)

Abg. Kern (Lns.) verteidigt die Ostmarkenzulage, erklärt sich mit den meisten Teilen der Resolution Köppler einverstanden und begründet eine Resolution auf Beseitigung der durch die Dienstaltersstufen für höhere und mittlere Beamten entstandenen Gärten. (Beifall b. d. Natl.)

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Antrag Waffer mann (natl.) betr. die rechtliche Stellung der Handelsgehilfen.)

Schluß 6 1/2 Uhr. —

## Aus der Parteibewegung.

Zur Nachwahl in Darmstadt nahm am Sonntag eine außerordentliche Kreisversammlung Stellung. Sie stellte den Genossen Berthold endgültig als Kandidaten auf und sahfe dann noch einige Beschlüsse, die sich mit der Wahlagitatio beschäftigen. —

Ein verständiger Staatsanwalt. Dem Genossen Köppler vom Harburger „Vollblatt“ ist mitgeteilt worden, daß die Staatsanwaltschaft es abgelehnt habe, das Hauptverfahren wegen einer anhängig gewordenen Verleumdungsklage seitens des früheren Kolonialdirektors Dr. Stübel gegen ihn zu eröffnen. Die Verleumdung wurde gefunden in einer aus einer auswärtigen Zeitung übernommenen Notiz über „Konto P. und Konto St.“ —

Nachklänge vom roten Sonntag. Der Aufreizung von Gewalttätigkeiten soll sich der Parteisekretär Genosse Klinge in Wochung durch Verbreitung des Wahlrechtsflugblattes schuldig gemacht haben. Jetzt ist ihm die Anlagenschrift zugeleitet worden. Er wird sich durch Vorlegung des Eiserfelders Urteils verteidigen. — In Sangerhausen wurden zwei Genossen, die Flugblätter verbreitet hatten, freigesprochen. Nach der Begründung des Urteils durch den Gerichtshof hat eine öffentliche Arbeit nicht vorgelegen. — Wären die Blätter zur Post gegeben worden, dann würden sie auch am Sonntag verteilt worden sein. — Man kann nur neugierig sein, ob der Staatsanwalt gegen dieses verständige Urteil Berufung einlegen wird. —

Ueber die erste Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus berichtet der „Vorwärts“: Anwesend sind unter andern als Vertreter der englischen Arbeiterpartei, Keir Hardie und Hyndman, als Vertreter aus Frankreich, Jaures und Baillant, von Belgien, Anjele und Vanderbelde, ferner Troelstra von den Holländern, Nemeo und Soukup von den Tschechen, Kubanowitsch von den Sozialisten-Revolutionären Russlands usw. Deutschland ist durch Bebel und Kautsky vertreten.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage des Krieges behandelt, die in den letzten Monaten eine so große praktische Bedeutung gewonnen hat. Nach langer und eingehender Beratung wurde einstimmig der Antrag Baillant angenommen, dessen Wortlaut folgender:

„Sobald Ereignisse sich vor der Öffentlichkeit oder im geheimen vollziehen, die einen Konflikt zwischen verschiedenen Regierungen befürchten lassen und einen Krieg möglich oder wahrscheinlich machen, sind die sozialistischen Parteien der bereiligten Länder verpflichtet, aus freien Stücken und auf die Einladung des Internationalen sozialistischen Bureaus miteinander in direkte Verbindung zu treten, um ein gemeinsames und übereinstimmendes proletarisches und sozialistisches Vorgehen festzusetzen und zu vereinbaren, das zur Verhinderung oder Verhütung des Krieges dienen kann.“

Gleichzeitig werden die sozialistischen Parteien der andern Länder durch das Sekretariat des Bureaus verständigt und eine Versammlung des Internationalen sozialistischen Bureaus findet baldigt statt, um für den gesamten internationalen Sozialismus und die organisierte Arbeiterklasse die Aktion zu beschließen, die am geeignetsten ist, den Krieg zu verhindern oder zu verhüten.“

Diese Resolution verlangt von keiner sozialistischen Organisation Unmögliches, verpflichtet keine zu Schritten, die sie schädigen könnten, bringt aber die internationale Solidarität zur vollsten Geltung, indem sie alle Maßnahmen zur Verhütung des Krieges zur internationalen macht, und weist damit auf das kraftvollste Mittel hin, den Krieg zu verhüten, soweit das Proletariat heute überhaupt imstande ist, dies zu bewirken.

Nachdem es diese Frage erledigte, nahm das Internationale Bureau noch eine andere von großer Bedeutung in Angriff, die der Vertretung und Abstimmung auf den internationalen Kongressen. Der Antsterdamer Kongress hatte bedeutende Mißstände gezeigt, namentlich jene, daß die kleinste Nation auf seine Entscheidungen den gleichen Einfluß hatte wie die größte, und daß in Oesterreich und Rußland immer mehr die kleinen Nationen besondere sozialistische Organisationen bilden,

die nach einer eignen Vertretung auf dem Kongress verlangen und dadurch ebenfalls ein Uebergewicht der kleinen über die großen sozialistischen Parteien herbeiführen können. Dies hatte eine Reihe von Vorschlägen veranlaßt. Die englischen Genossen hatten einen Entwurf der Organisation des Kongresses und des Internationalen Bureaus eingeleitet. Ein Antrag, den Van Stol bei der letzten Sitzung des Bureaus gestellt, war von diesem unter Berücksichtigung mannigfacher Anregungen umgearbeitet worden. Endlich stellte bei der Sitzung selbst Baillant und Bebel Vorschläge zu dem Vorschlag des Bureaus.

Nach langen Debatten, bei denen Bebel nach Vereinfachung der komplizierten Bestimmungen strebte, Jaures und Baillant den Standpunkt der Einheitlichkeit in der Vertretung jedes Staates, die Vertreter der verschiedenen slavischen Völkerschaften den der Sonderorganisation der verschiedenen Nationen eines Staates vertraten, wurden von der vorgeschlagenen Resolution des Bureaus folgende Punkte akzeptiert:

### Abstimmungs- und Vertretungsmodus der angeschlossenen Parteien:

„1. Zu den internationalen sozialistischen Kongressen werden zugelassen:

a) Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundföhen des Sozialismus zustimmen. Sozialisation der Produktions- und Austauschmittel; internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Massenpartei organisierte Proletariat.

b) Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also gesetzgebenden und parlamentarischen Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung beteiligt sind. (Pariser Kongress 1900.)

2. Die einzige Grundlage der Vertretung ist die Sektion. Jede Nation bildet eine Sektion.

„Die Abstimmung der internationalen Kongresse wird in folgender Weise geregelt:

a) Die Abstimmung wird entweder durch Handaufheben vorgenommen oder nach Nationalitäten, wenn die vertretenen Nationen das wünschen.

b) Als Nationen werden die unter derselben Regierung stehenden Bevölkerungsgruppen betrachtet. Jedoch darf das Bureau auch ausnahmsweise eine besondere Bevölkerungsgruppe als eine besondere Nation anerkennen, deren Streben nach Selbständigkeit und deren geistige Einheit als Folge einer langdauernden historischen Tradition anzusehen ist, mag sie unter einer oder verschiedenen Regierungen stehen.“

Ein Antrag von Bebel, die Möglichkeit einer namentlichen Abstimmung zu schaffen, wurde abgelehnt.

Die Beratung weiterer Punkte dieser Resolution mußte auf Montag verschoben werden. Es sollen dann auch noch Resolutionen von Troelstra und Hyndman über russische und von Wranglings-Kopenhagen über skandinavische Angelegenheiten verhandelt werden. Die schwierigsten Punkte wurden jedenfalls schon erledigt. —

## Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns.

Schweinfurt, 5. März 1905.

Zweiter Verhandlungstag.

In vielstündiger Beratung hat der Parteitag die durch die Beschlüsse in Jena notwendig gewordene Aenderung des Organisations-Statuts für die sozialdemokratische Partei in Bayern einer Revision unterzogen. Während alle andern Paragraphen in dem vom Landesvorstand vorgelegten Entwurf ziemlich glatt erledigt wurden, entzettelten die Paragraphen, die die Beitragsleistung bestimmen, heftige Kämpfe. Im Entwurf des Landesvorstandes waren 10 Pf. Grundbeitrag pro Monat vorgezogen, mit einem entsprechenden lokalen Zuschlag; die verschiedenen Parteivereine dagegen wollten den Grundbeitrag, der für die Beitragsleistung nach Berlin in Betracht kommt bzw. maßgebend ist, auf 20 Pf. bzw. 25 Pf. pro Monat festgesetzt wissen. Schließlich wurde beschlossen, den Grundbeitrag auf 15 Pf. pro Monat festzusetzen; 3 Pf. (20 Prozent) davon sind für den Hauptvorstand in Berlin, 2 Pf. für den Landesvorstand in Bayern, 5 Pf. für die Gauorganisation und die übrigen 5 Pf. für die lokale Agitation bestimmt, wozu auch noch ein Lokalzuschlag von mindestens 5 Pf. pro Monat erhoben werden soll. Das neue Organisationsstatut tritt am 1. Juli in Kraft.

Nach Erstattung des Berichts über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die Gen. Segiß und Ab. Müller sollte der Parteitag der Fraktion für die von zwölf Fraktionsgenossen geleistete Nebenarbeit volle Anerkennung und gab der Heberzeugung Ausdruck, daß die Fraktion in allen Fragen, die im Landtag zur Beratung standen, eine den Grundföhen und Forderungen der Sozialdemokratie völlig entsprechende Haltung eingenommen hat.

Ferner referierte Gen. Segiß über die Landtagswahlen, die voraussichtlich im Mai nächsten Jahres stattfinden, wenn der jetzige Landtag aufgelöst ist. Der Parteitag nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Das nach langen Kämpfen errungene direkte Wahlrecht ermöglicht es der Sozialdemokratie in Bayern endlich, die Stimmen ihrer Anhänger genau zu zählen. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit folgender Lakti: Die sozialdemokratische Partei Bayerns tritt mit voller Selbständigkeit ohne jede Fühlung oder Verbindung mit andern Parteien in den Wahlkampf ein. Der Schweinfurter Parteitag erklärt es für selbstverständlich, daß diese Lakti von den Parteigenossen allerwärts unbedingt eingehalten wird und daß jedem Verstoß mit allen der Partei zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden muß.“

Ferner beschloß der Parteitag, eine Anzahl der im Landtagswahlprogramm aufgestellten Forderungen zu streichen, da sie durch die Aenderung des Wahlgesezes und durch andre Erfolge erfüllt sind.

Der nächste Parteitag wird sich mit einer umfassenden Aenderung des Landtagswahlprogramms überhaupt befassen. Gen. v. Bollmar schloß den Parteitag mit einem Hoch auf die bayerische und auf die deutsche Sozialdemokratie. —

## Bürgerliche Klassenverwaltungen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hörte man vom Magistratsrat viel von Mißbräuchen, die die Sozialdemokratie in den Krankenkassen treibe. Auch als vor kurzem in der Hermscheider-Krankenkasse „Unregelmäßigkeiten“ von Seiten des dortigen Bürgermeisters festgestellt wurden, die sich aber bei näherem Zusehen in nichts auflösten, da war es die gesamte bürgerliche Presse, die über die sozialdemokratische Klassenverwaltung herfiel und von



„sozialdemokratischer Wirtschaft“ fasste, um so nach außen den Eindruck zu erwecken, als ob Wirtschaft ein Spezifikum der sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten sei. Da kommt uns ein Vergleich, der sich in Saarbrücken, also in einer Gegend, wo eine sozialdemokratische Massenverwaltung noch eine Unmöglichkeit ist, abspielt, gerade gelegen.

Vor der Strafkammer des Saarbrückener Landgerichts waren als Angeklagte erschienen: 1. der frühere Nachhalter der Saarbrücker Ortskrankenkasse Hymann, 2. der Wäckermeister Schmidt und 3. die Eheleute Gainer.

Der erstgenannte Angeklagte wird beschuldigt, in seiner Eigenschaft als Buchhalter der Ortskrankenkasse Alters- und Invalidenversicherungsanstalt Düsseldorf unter Schlägen und diese Marken mit Hilfe der übrigen Angeklagten in bar Geld umzusetzen versucht zu haben. Wie die Masse geführt wurde, und welche Ordnung herrschte, illustrierte die Aussage des Zeugen Rechnungsrat Beck. Derselbe bezeugte, daß es so trauglich mit der Verwaltung bestellt gewesen war, daß es sich kaum beschreiben ließe. Die Bücher waren zum Teil gar nicht geführt, zum Teil konnten die Eintragungen gar nicht mehr kontrolliert werden. Eine Umarbeitung hat geherren, die unter aller Kritik sei. Der eiserne Bestand sei vollständig verschwunden gewesen, obwohl derselbe gar nicht hätte sollen angegriffen werden und jederzeit in Marken oder Geld vorhanden sein mußte. Bei Durchsicht der Marken stellte sich heraus, daß von Oktober 1902 bis März 1903 gar nicht geklebt war. Er fand weiter heraus, daß jeder, ohne irgendwelche Befehle und Quittungen auszustellen, auf die Post ging und Marken kaufte. Es war nicht nachzuweisen, ob die Marken wirklich ihrer Bestimmung gemäß verbraucht wurden, ja es war nicht einmal festzustellen, ob für das empfangene Geld auch wirklich Marken gekauft wurden. Bei diesen Feststellungen habe er gefunden, daß mit den Marken ein großer Unfug getrieben wurde. So kommt es vor, daß Arbeiter, namentlich Italiener und Polen, abreifen ohne abgemeldet zu sein. Dadurch sammelt sich ein Markenbestand an, den der Beamte der Kasse wieder zuführen und sich den entsprechenden Betrag aus der Kasse nehmen kann. Es war dies aber nur möglich, weil kein Marktentombuch geführt wurde, das über den Verbrauch der Marken Auskunft gab. Da Hymann das Nebengeschäft zu vorzuziehen hatte, so mußte er es als eine grobe Pflichtverletzung des Hymann bezeichnen, daß er eine solche Unordnung eintreiben ließ. Unter diesen Umständen war es ein Leichtes, sich für 1000 Mark Marken auf die Seite zu schaffen. Nach der Verhaftung des Hymann fanden sich noch circa 3000 Mark in den Schränken vor, von denen چیزی niemand eine Ahnung hatte. Nach langwieriger Arbeit ist es gelungen, wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse Platz greifen zu lassen, indessen stoßen die Beamten immer noch auf neue Unregelmäßigkeiten. Die Wirtschaft war, kurz gesagt, eine solche, daß sich die genaue Höhe der Unterschleife nicht einmal schätzungsweise angeben läßt.

Der Angeklagte Hymann will die Marken, zu deren Verkauf er sich der Mitangeklagten bediente, von einem in Konstanz geratenen und flüchtig gewordenen Fabrikanten v. Gunoldstein für ein Darlehen in Höhe von 300 Mark erhalten haben. Bei der Zeugenvernehmung stellte sich heraus, daß die Angeklagten über die Herkunft der Marken, die widersprechendsten Angaben machten. Einmal wollten sie dieselben in Zahlung bekommen haben, das andere Mal geben sie an, daß sie ihr Geschäft verkleinert hätten und deshalb die Marken nicht mehr benötigten. Der Angeklagte Hymann versuchte auch, die Inhaber der Firma Bernhardt und Westermann zu überreden, sie möchten jagen, die Marken stammen von ihnen, da niemand glauben würde, daß er sie von v. Gunoldstein empfangen habe. Es wurde weiter festgestellt, daß v. Gunoldstein gar nicht in der Lage war, sich einen solchen großen Markenbestand vorzulegen zu halten und daß er mit seiner Kleiderlei jetzt im Müßstande war, die Marken also unmöglich von ihm herühren können. Weiter wurde festgestellt, daß v. Gunoldstein in seiner finanziellen Kalamität die Marken selbst zum vollen Wert umgekehrt haben würde. Das Gericht gewann die Überzeugung, daß der Angeklagte Hymann auf seinem andern Wege als der Unterschlagung in den Besitz der Marken gekommen sei und daß die übrigen Angeklagten durch die ganze Art, wie sie den Vertrieb der Marken unternehmen, und aus der Höhe der Provision, die ihnen gewährt wurde, gewußt haben, daß die Marken auf unredlichen Wege in den Besitz des Hymann gekommen seien, weshalb sie sich der Beihilfe schuldig gemacht hätten. Das Gericht verurteilte den Hymann zu fünf Monaten Gefängnis, abzüglich eines Monats Untersuchungshaft, den Wäckermeister Schmidt und Chemann Gainer zu je einem Monat und die Ehefrau Gainer zu achtzehn Tagen Gefängnis.

Wäre diese Verwaltung eine sozialdemokratische gewesen, da würde der ganze hinterlistige Märdelwald, von den führenden Berliner bis zum hintersteigen Maulaffen Kreisblättern Petter und Proch über sozialdemokratische Wirtschaft schreiben. So aber wird man wenig mehr als das Urteil bringen und über den Grenzen Saarbaniens wird man die unangenehme Geschichte überhaupt nicht erwähnen. Deshalb haben wir es als unsere Aufgabe betrachtet, unsere Lesern die Tätigkeit einer nichtsozialdemokratischen Massenverwaltung vorzuführen.

Wir empfehlen den Bericht besonders dem Oberbürgermeister samt dem Stadtrat Lübben und dem Stadtbürgermeister Göttemann zu Leiden. Vielleicht gehören sie sich dann etwas mehr Vorzicht bei Besprechung von Massenangelegenheiten an.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Drohende Metallarbeiter-Anspernung in Halle.** Die Metallarbeiter in Halle a. S. beschlossen, nachdem fast alle Mittel erschöpft in Anspruch genommen worden sind, um eine friedliche ersöhnende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen, in den einzelnen Betrieben und Branchen mit der Organisationsteilung die Vorbereitungen zur Niederlegung der Arbeit zu treffen. Die notwendigen Dispositionen sind von der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu beschließen und auszuführen. Die Unternehmern werden den Forderungen der Arbeiter einen Widerstand entgegen. Vertreter der Arbeiter wurden, als sie Lohnzugeständnisse verlangten, an die Fabrik, Fabrik und Fabrik verwiesen, und ein Fabrikarbeiter behauptete, die Fabrik sei geschlossen, wenn er zu frühzeitig durch seinen Betrieb gehe, dann solle er, daß die Metallarbeiter immer noch Fleisch und Wurst essen und Bier trinken. Mehrere Richterbürofirmen haben die bestehenden Wünsche der Arbeiter erfüllt. In den Industriefirmen-Verbandsfirmen, Waggonfabrik Lindner und Armaturenfabrik Henniger werden die Metallarbeiter die Arbeit nieder. Die Industriefirmen wollen eine „solidarische Anspernung“ vornehmen, was aber von den Streikenden bezweifelt wird.

**Der Zeitungsarbeiterstreik in Mühlhausen i. G.** hat eine Kühlung erfahren. Weil sich die Arbeiter weigerten, Streikarbeit für die Firma Hen u. Co. zu machen, ist in drei anderen Firmen Streik, darunter der des Herrn Theodor Schlumberger, ein teilweiser Streik ausgebrochen.

**Der Streik in den Brennabor-Fahrradwerken** (Gedr. Reichsanstalt in Brandenburger) ist beendet. Bei den letzten Verhandlungen hat der Arbeitervertreter gegeben Vertreter der Firma die Chronik der Erklärung, daß die Forderungen der Arbeiter nach Möglichkeit berücksichtigt und alle beschäftigten gewerkschaftlichen Arbeiter wieder eingestellt werden sollen. Die Streikenden erklärten die Zusicherungen der Firma für unannehmbar, beschließen die Beibehaltung des Streiks und nahmen die Arbeit am Montag wieder auf.

**Aus dem Reich-** Ministerien **Braunau-Streik.** Am Sonntag fand in Reich eine Konferenz von Bergarbeitern der Bezirke J.-V. Sagenfeld, Wetzlar und Halle statt, die von 72 Bergarbeitern besucht war. Anwesend war im Auftrag des Verbandes des Berg-

arbeiter-Verbandes Franz Polorny-Bwidau. Die Konferenz sah nach langer und kluger Beratung den Beschluß, den Bergwerksbesitzern verschiedene Forderungen zu unterbreiten und deren Antwort darauf bis zum 20. Mai zu erwarten. Erstfalls die Besitzer die Forderungen nicht, so wird der Kampf mit allen Kräften aufgenommen. Der Verbandsvorstand wird die Bewegung finanziell unterstützen. — Im Reichsanstalt werden die streikenden Bergleute besucht, Einigungsverhandlungen vor dem Einigungsamt in die Wege zu leiten. Die Werksbesitzer haben aber das Erscheinen vor dem Einigungsamt abgelehnt. Der Streik geht daher weiter. —

**3000 Holzarbeiter** sind im Bezirk Waldheim ausgesetzt, weil der Streik der Glühlampenarbeiter in Geringwalde andauert. —

**In der Goldsteinfabrik** von Blassien in S. B. in a. Rh., Metzgerbad 21, haben sämtliche Bergarbeiter, Politarbeiter und Geändereiter wegen beabsichtigter Reduktion der Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten. —

**Auf dem Kaiserort „Justus“** in Wolpratshausen stehen 600 Arbeiter wegen Lohnunterschieden im Streik. Zugang ist fern zu halten.

In jedes Arbeiterheim  
das Arbeiterblatt!

Werbt der  
**Volksstimme**  
neue Abonnenten  
und Inserenten!

### Provinz und Umgegend.

#### Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Partei genossen! Zum Sonntag den 8. April d. J., vormittags 11 Uhr, berufen wir nach dem Herzoglichen Lokal in Neuhaldensleben eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins ein zweites Stellungnahme und Beratung des neuen Statutenentwurfs. Indem wir denselben unternehmend beröffentlichen, erfragen wir die Genossen aller Orte, dazu Stellung zu nehmen. Etwaige Anträge sind bis zum 25. März dieses Jahres schriftlich beim Vorstand einzureichen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.  
S. A.: Stephan Dürre.

#### Statut.

§ 1. Der Verein bezweckt, den Zusammenschluß der Parteigenossen im Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben zu fördern und für die Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie neue Anhänger zu gewinnen. Dieser Zweck soll erreicht werden 1. durch Agitation, 2. durch Abhaltung von Versammlungen, 3. durch Verbreitung sozialdemokratischer Schriften.

§ 2. Mitglied des Vereins kann jede männliche Person werden, die auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, soweit nicht die im § 8 des preussischen Vereinsgesetzes enthaltenen Bestimmungen gegen eine Aufnahme sprechen. Die Annahme der Aufnahme kann bei jedem Vorstandsmitglied und bei jeder vom Vorstand bestimmten Person erfolgen. Ueber die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Zur Legitimation erhält jedes Mitglied ein Mitgliedsbuch.

§ 3. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf., der monatliche Beitrag ebenfalls 25 Pf. Für außerordentliche Fälle kann der Vorstand mit Einwilligung einer Generalversammlung eine Extrasteuer erheben. Zureichende Genossen, welche in andern Orten gleichartigen Vereinen angehört und ihre Pflicht erfüllt haben, sind vom Eintrittsgeld befreit.

§ 4. In jedem Jahr findet spätestens drei Wochen vor dem allgemeinen Parteitag eine ordentliche Generalversammlung statt. Die Generalversammlung wird vier Wochen vor dem Stattfinden derselben durch Anzeigebogen in der „Volksstimme“ unter Bekanntgabe der provisorischen Tagesordnung einberufen.

§ 5. Die Generalversammlungen setzen sich zusammen aus den Delegierten der Zahlstellen, dem Reichstagskandidaten resp. Abgeordneten des Wahlkreises. Zu diesem Zweck wählt jede Zahlstelle in einer Hauptversammlung, deren Tagesordnung mindestens fünf Tage vorher genügend bekanntgemacht sein muß, auf je 50 Mitglieder einen Delegierten. Angefangene 50 Mitglieder gelten für voll. Die Delegierten sind mit einem Mandat zu versehen. Sie erhalten ihre Diäten von der Zahlstelle. Auf der Generalversammlung haben nur die Delegierten und der Abgeordnete resp. Kandidat Stimmrecht.

§ 6. Jede Zahlstelle kann Anträge zur Generalversammlung stellen, muß jedoch dieselben zwei Wochen vorher dem Vorstand einbringen, der die eingegangenen Anträge zu veröffentlichen hat. Etwaige Anträge von einzelnen Mitgliedern bedürfen der Unterstützung von fünf Delegierten.

§ 7. Außerordentliche Generalversammlungen werden vom Vorstand oder auf Antrag von einem Drittel der Mitglieder einberufen.

§ 8. Der Vorstand wird auf 1 Jahr gewählt und besteht aus fünf Personen, einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter, einem Kassierer, einem Schriftführer und einem Beisitzer, der auch als Mitglied der Propagandakommission zu fungieren hat. Zur Krönung der Sache sind drei Revisoren zu wählen. Der Schriftführer hat den Kontakt mit der Presse zu vermitteln, sowie die ihm vom Vorsitzenden übertragenen schriftlichen Arbeiten auszuführen.

§ 9. Der Austritt aus dem Verein geht zum Monatschluß frei. Wer länger als 6 Monate keinen Beitrag bezahlt hat, gilt als ausgetreten. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann nur erfolgen auf Grund der § 2 und 7 des Statuts am dem Parteitag zu Jena beschlossenen Statuts der sozialdemokratischen Partei.

§ 10. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung erfolgen. Für den Fall einer plötzlichen Auflösung oder Schließung des Vereins hat jedes Vorstandsmitglied die Verpflichtung, über die Vermögensverhältnisse des Vereins im Interesse der Arbeiterfrage zu berichten.

§ 11. Alleiniges Publikationsorgan ist die in Magdeburg erscheinende „Volksstimme“. Alle Mitglieder sind zunächst an den Vorstand zu richten. Befriedigt dessen Entscheidung nicht, so steht dem Beschwerdeführer das Recht zu, sich an die nächste Generalversammlung zu wenden. Die Parteivorsitzenden sind verpflichtet, dem Vorsitzenden des Vereins schriftlich ein Verzeichnis der am Orte befreiten Parteimitglieder zu überreichen.

§ 12. Der Vorstand hat die Pflicht, in allen Orten des Wahlkreises Mitglieder zu werben. Je nach Mitglieder an einem Orte bestanden sind, bestimmt der Vorstand einen Abolmamtigen. Die Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen können hierzu dem Vorstand geeignete Vorschläge machen.

§ 13. Die einzelnen Zahlstellen haben alle Vierteljahre bis zum 15. des folgenden Monats mit dem Hauptkassierer abzurechnen und gleichzeitig alle verfügbaren Gelder einzufinden. —

**Cracau, 6. März.** (Die letzte Wahlvereins-Versammlung) war recht traurig besucht, was um so schlimmer ist, als die Gemeindevorkonferenzen bevorstehen. Nachdem der Kassierer Bericht über das 4. Quartal 1905 gegeben war, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dem erstarrten Genossen Holte Bericht von der Bezirkskonferenz. Unter „Vermischtem“ hielt Genosse Kutt einen kleinen Vortrag über das neue Schulgesetz und seine Folgen. Mit Beifall wurden die Ausführungen aufgenommen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, gegen denartige Verschlechterungen zu protestieren. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde noch einmal die Volkstafel aufgeworfen. Es wurde hierüber darauf hingewiesen, daß am 16. März die renovierte „Schweizerhalle“ wieder eröffnet wird. Zur Einweihung derselben haben sämtliche Cracauer Vereine Einladungen erhalten, nur der Sozialdemokratische Verein nicht. Es liegt also klar auf der Hand, daß die Besizer nicht gewillt sind, den Arbeitern das Lokal zu Versammlungen usw. zu geben, was jeder Arbeiter beachten müßte. Dann wurde noch geschlossen, den Massenaustritt aus der Landesarmee zu fördern. Nach einem Hinweis auf die Versammlungen am 7. und 15. März in „Luffenpark“ wurde die Versammlung geschlossen. —

**Diesdorf, 6. März.** (Eine Gemeindevorkonferenz) findet am Donnerstag den 8. d. M. statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Feststellung des Voranschlags der Gemeindefinanz des Rechnungsjahres 1906/07. 2. Aufschlüsselung betreffend die letzten Verpflichtungen. 3. Genehmigung eines Vertrags mit dem Banausseher Andreas Mollberg hier. 4. Nichtöffentlicher Teil. —

**Mischerleben, 6. März.** (Einreichung von Forderungen) Die im Betriebe der Mischerleben Maschinenbauanstalt beschäftigten Arbeiter aller Berufe haben nachstehende Forderungen bei der Direktion eingereicht: Möglichste Befreiung der Leberarbeit; in dringlichen Fällen, wo dieselbe zu leisten ist, soll bis 10 Uhr abends ein Ausschlag von 25 Prozent, über diese Zeit bis 8 Uhr morgens 50 Prozent gezahlt werden, ebenso für Sonntagsarbeit. Desgleichen sind die in der „Volkstimm“ bereits bekannt gegebenen Bedingungen für die Formner und Schleifarbeiter ebenfalls eingereicht. Für die in der Schlosserei beschäftigten Schlosser und Monteure soll ein geringeres Akkordwesen eingeführt werden. Ebenso sollen die Löhne der jüngeren Kollegen eine Aufbesserung erfahren. Die Kernmacher stellen bezüglich Einstellung von Arbeitern, welche noch nicht in dieser Branche gearbeitet haben, die Forderung, während einer bestimmten Zeitdauer deren Lohnberechnung nicht zum vollen Betrage aus der allgemeinen Akkordberechnung stattfinden zu lassen. Dann wird die Wahl eines Arbeiterausschusses gefordert. Die Einrichtung eines solchen müsse, da Arbeiterausschüsse gesetzlich vorgezeichnet sind, eigentlich durch die Behörde veranlaßt werden. Die Antwort auf diese bescheidenen Forderungen soll bis zum 10. März erfolgen. —

**Wismar, 7. März.** (Amtsniederlegung des Bürgermeister.) Wie der „Wismarsche Bote“ durch Extrablatt mitteilt, wurde in geheimner Sitzung der Stadtvorstand mit 11 Stimmen gegen 1 Stimme den vom Bürgermeister Friedrich geforderten Bedingungen, unter welchen er bereit ist, sein Amt sofort niederzulegen, zugestimmt. Diese Bedingungen lauten: Bürgermeister Friedrich legt sämtliche mit seinem Posten verknüpften Rechte, darunter den Posten als Aufsichtsratsmitglied der Kreisbahn Wismar-Galbe-Weesebors-Diesdorf und das Mandat als Kreisratsdelegierter, nieder und die Stadt zahlt ihm bis zum Ablauf seiner Amtsperiode am 31. August 1906 das volle Gehalt im Betrage von jährlich 2100 Mark und nach dieser Zeit die ihm für eine Dienstzeit von 12 Jahren zuzurechnende gesetzliche Pension in Höhe von 1050 Mark jährlich. Die genaueren Bestimmungen des Vertrags sollen noch ausgearbeitet werden. Was zu der Amtsniederlegung Veranlassung gab, wird die näheren Berichte lehren. —

**Burg, 7. März.** (Eine öffentliche Volksversammlung) in welcher Genosse Julius Vorchardt-Königsberg über das Thema „Erziehung und Sozialismus“ referieren wird, findet am 8. März im „Grand Salon“ statt. Wir rufen an alle das Ersuchen, diesen interessanten Vortrag mit anzuhören, da doch das Thema jeden Arbeiter etwas angeht. (Siehe Annonce.) —

**Burg, 5. März.** (Zu der Parteilistung) die am 2. d. M. stattfand, waren 24 Delegierte erschienen. Es fehlten je ein Delegierter der Barbiers, der Bergolger und der Zimmerer unentschuldig. Unter „Agitation“ teilte der Vorsitzende mit, daß die Wäckergergenossen zu einer Versammlung zusammengeführt worden seien, in welcher ihnen ein Referent die Vorteile der Zugehörigkeit zur Organisation vor Augen geführt hat. War auch der Eintritt in die Organisation nicht gleich der erwünschte, so konnte aber immerhin festgestellt werden, daß es ohne Organisation schwer ist, eine Verbesserung ihrer Lebenslage herbeizuführen. Auch über die Schwierigkeiten, die Land-, Fabrik- und Hilfsarbeiter zu organisieren, äußerten sich einige Delegierte. Der Punkt „Familienrentenkassen“ gab Anlaß zu eingehender Aussprache. Fast einstimmig wurde anerkannt, daß in dieser Hinsicht längst schon etwas für die Arbeiterchaft Burgs hätte getan werden müssen. Unter „Lohnbewegungen“ berichteten die Delegierten der Handschuhmacher, daß zwei Drittel ihrer Forderungen bewilligt worden seien und daß somit die Lohnbewegung als zugunsten für die Handschuhmacher beendet angesehen werden könne. Von den Delegierten der Schneider wurde mitgeteilt, daß auch den Schneidern die Forderungen bewilligt wurden. Nur ein Meister konnte sich nicht entschließen, den Schneidern einiges entgegenkommen zu zeigen. Von den Delegierten der Buchdrucker wurde noch erwähnt, daß die Buchdrucker eine Lohnzugeständnisse in Höhe von 50 Pfennig bis 1 Mark errungen haben. Unter „Verchiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, nach welchem in Zukunft die Tagesordnung der Parteilistung einige Tage vorher in der „Volkstimm“ bekannt gegeben werden soll. Nachdem noch beschlossen worden war, daß in der nächsten Sitzung ein Vortrag über das Verhängnis gehalten werden soll und einige Korrespondenzen erledigt waren, erfolgte Schluß der Sitzung. —

**Burg, 7. März.** (Zur Lohnbewegung der Schneider) können wir nicht mitteilen, daß der den Meistern vorgelegte Tarif mit geringen Ausnahmen anerkannt wurde. Einige Meister, die Herren Röde, Herger und Mielle, können sich jedoch nicht entschließen, den Tarif zu unterschreiben. Die Folge wird sein, daß bei diesen, soweit sie Gehilfen beschäftigen, diese kündigen werden. Zu einer am 26. Februar abgehaltenen Versammlung der Schneidermeister wurde der von der Konferenz der Meister und Gehilfen zusammengestellte Tarif — abgelehnt und ein anderer ausgearbeitet — von den Meistern —, der zum Teil noch schlechter war als der im Jahre 1898 vereinbarte. Statt Verbesserungen also Verschlechterungen. Die Gehilfen gingen jedoch darauf nicht ein, sondern erklärten, daß, wenn der von der Konferenz der Arbeitgeber und -nehmer geschaffene Tarif nicht bewilligt würde, sie die Arbeit niederlegen würden. Darauf erklärten sich einige Meister bereit, den Tarif zu unterschreiben, und nachdem dieses den andern mitgeteilt worden war, unterschrieben auch diese, bis auf die oben genannten drei. Die Weigerung dieser, den Tarif zu unterschreiben, ist darum schon nicht zu verstehen, weil doch die Meister nicht diejenigen sind, welche die Erhöhung des Lohnes aus ihrer Tasche bezahlen, sondern die Kunden. Denn wird der Lohn pro Stck um 50 Pf. erhöht, so wird den Kunden doch sicher in Anbetracht des höheren Lohnes 1 Mark mehr angerechnet. Das ist ein so einfaches Rechengempe, daß man es nicht begreifen kann, wie sich die noch einzelne Meister weigern können, den Tarif zu unterschreiben zu wollen. Was die große Anzahl der andern hiesigen Meister kann, können doch diese auch. Die Arbeiter werden sich diese zu merken wissen, die sie weigern, ihren Gehilfen die im Tarif vorgegebene geringfügige Lohnerhöhung zuzulassen, und bei Befehlen diejenigen berücksichtigen, die ihre Gehilfen tarifmäßig bezahlen. —

**Galbe a. S., 7. März.** (Ertrunken) sind hier kürzlich der Grabstuhlmacher Friedrich Schrebe und sein zehnjähriger Sohn Willi. Sie hatten eine Bootsfahrt unternommen, bei welcher das Boot kenterte und beide ins Wasser fielen. Sie konnten nur als Leichen dem nassen Element wieder entziffen werden. —

**Dresden, 6. März.** (Mafregeln) Am 4. März nahmen die Hafenarbeiter von Falkenberg Gelegenheit, sich in einer Versammlung über die grauenhaften Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuszprechen. Durch irgendwelche Schmarotzer hat die Direktion von



den Vorgängen in der Versammlung Kenntnis erhalten. Die Folge war, daß am Montag Abend vier und am Dienstag sechs ein Kollege gemeldet wurden. Daß die Arbeiter, wie man vorgab, wegen Arbeitsmangels entlassen seien, erscheint ungläubig, da für die Entlassenen andere Arbeitskräfte angenommen werden. Da es unter Umständen zu ersten Differenzen kommen kann, werden die Fabrikarbeiter gebeten, Zug nach Wallwitzhafen fern zu halten.

**Or.-Salze, 6. März.** (Die Arbeitergeremethode.) Von auswärts Arbeiter heranzuholen, obwohl am Orte genug vorhanden sind, haben sich auch die Herren Stadtrat Wankel und Stadtverordneten Härtel zu eigen gemacht. Das hiesige Spektakelkontor hat sich etwa 20 Arbeitswillige unter Leitung eines Herrn Tagler, der aus Mecklen bei Leipzig stammt, kommen lassen. Am Sonnabend wurden nach Arbeiter entlassen, und am Montag erschienen Herr Tagler mit seinen Leuten auf dem Plan. Dabei sind diese Leute noch weniger als die alten Arbeiter. Die Arbeiter, die im Tagelohn auf dem Spektakelkontor beschäftigt sind, erhalten 30 Pfg. pro Stunde, während die auswärtigen Herren 35 Pfg. bekommen und Herr Wankel 38 Pfg. pro Mann und Stunde bezahlen muß. Warum das alles? Warum werden in den Leipziger „Neuesten Nachrichten“ Arbeiter gesucht, wo in Schönebeck genug zu haben sind? Es scheint, als ob man Leute, die schon 10, 15 und 20 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, denen der Reichtum und damit das Ansehen der Arbeitgeber zu danken ist, los sein will. Man will der Organisation der Fabrikarbeiter eins auslöschen, der man den Sieg im vorigen Sommer noch nicht vergessen kann! Montag Abend ist der Führer der Arbeitswilligen wieder nach Leipzig abgereist, um neue Kräfte zu holen, jedenfalls Ersatz für die Leuten, die den Dienst bereits wieder quittiert haben. Die Herren lassen sich etwas kosten. Einmal sind die Leuten Arbeitswilligen an und für sich schon teuer, und dann leisten sie auch noch nicht so wertvolle Arbeit als die hiesigen Arbeiter. Herr Tagler hat mit zwölf von seinen Leuten einen ganzen Nachmittag zu einer Arbeit gebraucht, die im Accord die alten Arbeiter für 7 Mark fertig gestellt hätten. Die Lohnverhältnisse sind ja äußerst schlecht. Den Rangieren wird für ihren geschweiften Dienst ein Stundenlohn von 25 Pfg. gezahlt. Ueber die Maßnahmen des Fabrikarbeiters Wankel, der sich als Herr der Arbeiter fühlt, wird auch geklagt. Im Interesse des Geschäfts und zum Wohle der Arbeiter und damit der ganzen Stadt läge es doch wohl, wenn man sich mit der Organisation, die dazu jederzeit bereit ist, über alle Fragen auseinandersetzte. Man will aber aus dem üblichen Rahm auf sich laden wie feinczeit die Lagerhaus - Aktien-gesellschaft in Alten.

**g. Halberstadt, 6. März.** (Von öffentlichen Militärgerechtigkeiten.) In welcher Weise das berechtigte Mißtrauen gegen das öffentliche Kriegsgerichtungsverfahren gehñt wird, ergab eine vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle stattgehende Verhandlung gegen den Militär Walter Krebs vom Kaiserregiment Nr. 7 in Halberstadt, der wegen Fahnenflucht und anderer Vergehen angeklagt war. Der Mann hatte nur 16 Tage gebau, dann nach Verabredung mit einem Militär Schude seinen Truppenteil verlassen und sich über 1 Jahr in Lande herumgetrieben. Auf Antrag des Anklägers beschloß das Gericht, die Gründe, die den Angeklagten zur Fahnenflucht veranlaßt haben, in geheimer Sitzung zu erörtern, und so mußten dann die Pressevertreter jedesmal, wenn dieser wurde Punkt durch Soldaten oder den Ankläger bzw. den Verteidiger zur Sprache kam, den Gerichtssaal verlassen. Dadurch wurde aber nicht vermieden, daß einer Gerichtsperson in öffentlicher Sitzung die Ausfertigung entschloß, der Angeklagte habe gesagt, er reize wieder aus, wenn er wieder so schlecht behandelt werde. Im übrigen gab der Verhandlungsführer in der Urteilsbegründung schließlich zu verstehen, daß Krebs, der sich frech benommen, von dem Unteroffizier Reichwald nicht korrekt behandelt worden ist. Der Angeklagte wurde mit 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis bestraft.

**Halberstadt, 6. März.** (Eine Lohnzulage.) In der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik der Firma Döhne hier selbst stellen die Jungschmiede eine Lohnforderung. In einer Verhandlung wurde eine Ermäßigung erlangt, indem die Firma den Schmieden eine Lohnzulage von 75 Pfg. bis 1,50 Mk. pro Woche bewilligte. Die Schmiede sind mit wenigen Ausnahmen alle organisiert.

**Halberstadt, 6. März.** (Unglücksfall.) Im Frauenhaus wurde heute morgen von einem Fleischhahnerwerk ein Kind überfahren. Nur einem besonders glücklichen Umstand ist es zu verdanken, daß das Kind nur am Fuße verletzt wurde.

**Wäderei- und Konditorei-Ausstellung.** Am 18. und 19. Juni d. J. wird der „Germania“-Unterverband der Wädereifrauen der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen nach 25jähriger Zwischenzeit seinen Verbandstag, verbunden mit einer großen Ausstellung von Erzeugnissen der Wäderei, Konditorei und verwandten Gewerbe, in unserer Stadt abhalten.

**Ununterbrochenes Probieren-Laufstückenankast.** tritt am 1. April d. J. ein Wechsel in der Leitung ein. Direktor Küll, der über 25 Jahre der Werkstätte vorgestanden hat, tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Direktor Meinicke, Leiter der Provinzial-Laufstückenanstalt in Osterburg.

**Schönebeck, 6. März.** (Die Nacht der Salinenverwaltung.) Die Veröffentlichung der Bilanz des Konsumvereins „Wiene“ ist den Gegnern, ganz besonders aber den hiesigen Salinenverwaltung, arg in die Glieder gefahren. Sie haben daraus erkennen müssen, daß trotz ihrer Maximierungen der Verein auf gefundenen finanziellen Grundlagen steht und sich immer weiter entwickelt. Obige Verwaltung erließ, wie wir mitteilen, eine Verfügung an ihre Arbeiter, worin dieselben aufgefordert werden, aus dem Konsumverein „Wiene“ auszutreten, weil die Verwaltung des Vereins eine sozialdemokratische ist. Folgen sich die Arbeiter nicht, dann sollen sie an den „Wohltaten“ und Lohnverhältnissen keinen Anteil haben oder gar dem Hunger preisgegeben werden, d. h. aus der Arbeit gefasst werden. Um aber sicher zu erfahren, daß auch die Arbeiter sich abgemeldet haben, müssen sie die abgestempelte Austrittsbcheinigung vorlegen; der Herr Bergtrat hat es ausdrücklich befohlen. Wie nun die „Wohltaten“ und Lohnverhältnisse auf diesem Werk aussehen, wissen wir, beneiden auch die Arbeiter nicht darum. Mancher Salinenarbeiter, der Mitglied des Vereins war, rechnete schon vorher auf die Dividende; es war für ihn immer ein Notgroschen, jetzt muß er dieser verlustig gehen. Das ist wohl die Fährge, die der Herr Bergtrat in einer Volksversammlung im „Stadtspark“ für die Arbeiter des Werks kundgab? Dar man aber hier von Fährge reden? Die Beamten des Werks, der Herr Bergtrat an der Spitze, werden jedenfalls dort kaufen, wo sie am besten und billigsten die Waren erhalten. Die Salinenarbeiter müssen es sich zur Pflicht machen, sich zu organisieren, denn bei einer guten Organisation würde es der Salinenverwaltung nicht einfallen, solche Maßnahmen zu treffen. Auch muß in jeder Arbeiterfamilie die „Wohltaten“ gelesen werden — was leider der Fall noch nicht ist —, denn diese ist es, welche den Arbeitern Aufklärung bringt und ihre Rechte vertritt. Herr Karl Hirschfelder muß sich auch die Freundschaft der Salinenverwaltung erhalten. In Nr. 49 des „Tagebl.“ heißt es unter Groß-Salze: „Der Bericht über die gestrige Versammlung des Bürgervereins ging uns leider erst heute mittag 11 Uhr zu, so daß das umfangreiche Referat nicht mehr abgedruckt werden konnte.“ Aber bis heute ist der Bericht noch nicht erschienen; warum? Weil der Bericht einen Protest gegen die Maßnahmen der Badeverwaltung Elmen — an deren Spitze der Herr Bergtrat steht — verzeichnet, und Herr Karl Hirschfelder in Ungnade fallen würde, wenn er den Bericht brächte.

**Stahlfurt, 6. März.** (Der Kommerz.) Den die unter der Regide der hiesigen höchsten Bergbeamten zu einer Ortsgruppe vereinigten Bergmannsvereine am Sonnabend im Bischoffischen Saale zur Silberhochzeit des Kaiserpaars veranlaßt hatten, hat enttäuscht. Eine Enttäuschung bestand darin, daß der redgewaltige Herr Pastor Eggebrecht kein Wort gesprochen hat. Man hört seine vorliegenden patriotischen Reden nicht immer sehr gern, weil sie in der Regel am Ziel vorbeiziehen. Auch der Festredner des Tages, Herr Syndikatsdirektor Gräbner, enttäuschte dadurch, daß er sich zum allgemeinen Bedauern aller politischen Seitenprünge nicht äußerte. Glücklicherweise machte jedoch der Herr Geheimrat Bergtrat Schneider eine Ausnahme. Er beklagte es, daß der Bericht ein so schwacher sei, weil leider so

viele Bergleute einer anderen Sache folgten. Wir finden, daß der Herr Geheimrat diesmal vollständig recht hat. Wir haben aber auch gefunden, daß von den Beamten nur sehr wenige erschienen waren, trotzdem sie alle eingeladen waren. Man stellt sich nun, zu welchem Zweck die Bergmannsvereine zu einer Ortsgruppe vereinigt worden sind. Wie lange wird es noch dauern, bis man es für ratsam hält, aus ihr einen christlichen Bergarbeiterverein zu machen?

**Stendal, 7. März.** (In der Stadtherrordneten-Sitzung) am Montag wurde der Vorlage betr. Erhöhung der Zahl der Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten zugestimmt. Der Magistrat besteht danach künftig aus 7 unbefoldeten Stadträten. Die Zahl der Stadtverordneten wird von 30 auf 36 erhöht. Möge behält bis zum Jahre 1917 einen besonderen Wahlbezirk. Die Zahl der Exekutivbeamten wird um 1 Wachtmeister, 1 Polizeiserganten und 3 Nachtwächter erhöht.

## Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 6. März 1906.

**Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung.** In der Nacht zum 16. Oktober 1905 hatte der Klub „Gemütslichkeit“ in dem Lokale des Gastwirts Oberbeck zu Hötensleben eine Vereinsfestlichkeit. Zu derselben fanden sich angeblich auf Einladung auch 1. der Bergarbeiter Friedrich Hochgrebe, geboren 1881, 2. der Bergarbeiter August Hochgrebe, geboren 1884, 3. der Zimmermann August Helms, geboren 1888, 4. der Bahnarbeiter Albert Otto, geboren 1888, 5. der Fabrikarbeiter Johannes Freitag, geboren 1887, zu Hötensleben, die nicht zum Verein gehörten, ein, benahmen sich aber so ungehörig, daß sie aufgefordert wurden, sich zu entfernen. Da sie nicht gingen, wurden sie gewaltsam hinausgeschafft. Draußen riefen die Angeklagten Statthaltern los, drangen damit beauftragt wieder ein und schlugen die im Korridor befindlichen elektrischen Lampen entzwei, beschädigten auch die Decken und Tapeten, wodurch ein Schaden von 30 Mark entstand. Sie gebrauchten Schimpfreden, bedrohten mehrere Personen, griffen den Bahnarbeiter Thum tätlich an und warfen den Schneidermeister Bornkamp mit einem Faustschoppen vor die Brust. Die Angeklagten bestreuten jede Schuld, und die Zeugenaussagen über die Tätigkeit der einzelnen Personen sind so unbestimmt, daß die Kammer von den strafbaren Handlungen gegen Friedrich Hochgrebe, Otto und Freitag nur gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch, gegen die beiden ersten ferner die Sachbeschädigung feststellen konnte. Beurteilt wurden demgemäß Friedrich Hochgrebe zu 3 Monaten Gefängnis, Otto zu 1 Monat Gefängnis, Freitag zu 2 Wochen Gefängnis. Im übrigen erfolgte Freisprechung. Auf dem Vereinsvergessen machte sich auch der Bergarbeiter Johannes Wehr zu Hötensleben, geboren 1884, des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs schuldig und erhielt deswegen 1 Woche Gefängnis.

**Nötigung.** Der Bigener Joseph Brand, geboren 1882, kam am 1. Dezember 1904 mit seinem Fuhrwerk und in Begleitung eines Landmanns nach Glöhe. Dort sollen sie versucht haben, den Gastwirt Friße durch Drohungen zu nötigen, sie aufzunehmen und ihre Pferde in einen Stall einzustellen. Den Angeklagten trafen wegen Hausfriedensbruchs und verbotlicher Nötigung 2 Wochen Gefängnis, die für verurteilt erklärt wurden.

**Ein Schwindler.** Der vielfach vorbestrafter Handelsmann Franz Hermann aus Gommern, geboren 1856, hat am 9. März v. J. dem Rittergutbesitzer Böttcher zu Trefsen landwirtschaftliche Eisenwaren zu sehr hohen Preisen an und schwindelte ihm dabei vor, die Waren seien nicht von der Firma Wolf in Magdeburg, sondern direkt aus Weiskalen bezogen und bedeutend besser, obwohl sie von Wolf stammten. Von der Gastwirts Witwe Voigt ließ Hermann sich 35 Mark unter dem Vorgeben, Böttcher habe Waren von ihm gekauft, die unter Nachnahme angekommen seien. Bald hinterher ließ Hermann sich von Frau Voigt nochmals 15 Mark Darlehen geben unter der Vorpiegelung, Böttcher habe noch mehr Waren bestellt; die Rückzahlung des Geldes erfolgte in den nächsten Tagen. Bisher hat Frau Voigt aber kein Geld zurück erhalten. Der Angeklagte wurde wegen verbotlichen Handlungsbetrugs zu 2 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe eventuell weiteren 20 Tagen Zuchthaus sowie zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Gewerbegericht Magdeburg, 2. Kammer.

Sitzung vom 5. März 1906.

**Vorsitzender:** Stadtrat Kaiser. **Beisitzer:** Fabrikarbeiter Johann und Buchbinder Herzberg, **Arbeitnehmer:** Kaufmann Großer und Fabrikant Farenholz, **Arbeitgeber.**

**Stellenvermittlungsgeschäfte.** Das Zimmermädchen Oppermann war beim Hotelier Nagel in Dienst getreten. Weil sie aber zu Arbeiten in der Küche herangezogen wurde, verließ sie ihren Dienst ohne Kündigung. Aus diesem Grunde und weil die Oppermann den Mietzähler nicht zurückzahlen wollte, verweigerte der Pächter, Herr Nagel, die Herausgabe der Sachen des Mädchens. Nachdem ihm aber erklärt war, daß ein derartiges Einbehaltungsrecht dem Arbeitgeber nicht zusteht, erklärte er sich bereit, die Sachen herauszugeben. In der Verhandlung stellt sich heraus, daß Klägerin an den Stellenvermittler, der ihr die Stelle nachwies, nicht nur den Mietzähler, sondern außerdem noch 2 Mark, also 5 Mark, als Vermittlungsgebühr bezahlt hat. Es ist bedauerlich, daß es keine Möglichkeit gibt, diesen Stellenvermittler das Handwerk zu legen, obwohl es nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer und Dienstboten, sondern auch der Arbeitgeber und Herrschaften läge, wenn die unsaubere Zwischenstation der Stellenvermittler auf dem Arbeitsmarkt vollständig ausgeschlossen würde.

**Wenig idyllische Zustände auf dem Arbeitsplatze der Firma Mansfeld u. Co.** werden durch die Klage des Arbeiters Finke gegen dieselbe zutage gefördert. Nach Aussage des Klägers soll auf Anordnung eines Lageristen, der nicht genannt ist, dort ohne Einhalt bestimmter Pausen zwar nur 9 1/2 Stunden, in Wirklichkeit aber bis zu 11 Stunden gearbeitet werden. Weigert sich der Arbeiter, dann wird ihm mit „Köpfen an den Kopf werfen“ und Schlägen gedroht. Wegen der Überarbeit beansprucht Finke noch 254 Mark. Nach längerer Verhandlung erkennt der Vertreter der Beklagten die Forderung an und zahlt sofort an Gerichtsstelle. Ob es nun wohl in dem Betriebe besser wird?

**Ein sonderbare Definition.** Der Arbeiter Penning klagt gegen die Firma Dubach u. Lindemann wegen Kündigungloser Entlassung auf 18 Mark Schadenersatz und 9 Mark für in Abzug gebrachte Feiertage. Da Kläger sich den Abzug der Feiertage gefallen ließ, wird ein stillschweigendes Uebereinkommen angenommen. Gegen die weitere Forderung erhebt der Vertreter der Beklagten den Einspruch, daß Kläger nicht als Hilfsarbeiter, sondern als Ausbittarbeiter angenommen war, der nach der Arbeitsordnung keine Kündigung habe. Das Gewerbegericht kann aber eine derartige eigenartige Feststellung des Unterschiedes nicht anerkennen, weil dies ja auch nicht in der Arbeitsordnung vorgesehen ist. Hieraus erkennt Beklagter die auf 18 Mark reduzierte Forderung an.

**Abzug und wieder Abzug vom Lohn.** Die Rutscher Siebel und Strobach klagen gegen den Kaufmann Wähler, Inhaber der Firma Kraus, auf Zahlung an ersteren von 12,50 Mark, an letzteren von 1,50 Mark abgezogenen Lohn. Was alles in Abzug gebracht wird, ergibt die Klage des Siebel, dem 10 Mark für ein umgefahrener Staket, 1 Mark für Zupfaktommen und 1,50 Mark für eine zuwenig gemachte Fuhre Lohn in Abzug gebracht sind. Neben ihm ist für die fehlende Fuhre Lohn auch dem Kläger Strobach ein Abzug gemacht worden. Trotzdem sich das Gewerbegericht nicht auf den Nachweis des in Abzug gebrachten Schadens einließ, mußten doch die beiden Klagen kostenpflichtig abgewiesen werden, weil die gemachten Abzüge so weit zurückliegen, daß das Uebereinkommen der Kläger mit den Abzügen als gegeben angesehen wird.

**Mehr Erfolg hat der Rutscher Oppermann** mit seiner Klage gegen dieselbe Firma, dem für einen nicht ausgeführten Arbeitsauftrag 3 Mark Lohn abgezogen wurden. Derselbe erhält im Vergleichswege 1,50 Mark zurück, weil er nicht zu gleicher Zeit zwei Herren dienen konnte und den Auftrag, den er vom Hofinspektor erhielt, deshalb

nicht ausführen konnte, weil ihn der Hofmeister zu einem Notarbesuch verwendete. Dieser Klage besand sich in der eigentlichen Sache, auch dann mit Lohnabzug bekräftigt zu werden, wenn er den Auftrag ausgeführt hätte, und zwar wegen Nichtbefolgens der Anordnung des Hofmeisters. Strafe muß also unter allen Umständen sein.

### Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 6. März 1906.

**Hausfriedensbruch und Sittlichkeitsverbrechen.** Der erheblich vorbestrafter Arbeiter Hermann Mademehl aus Meinhöft ist in der Nacht vom 15. zum 16. September 1905 in Thale mittels einer Leiter in ein Haus unberechtigt eingestiegen und hat darin mit Gewalt an einer Frauensperson unzuchtliche Handlungen vorgenommen. Der Angeklagte hatte sein Opfer, eine 60 Jahre alte Dame, aus dem Bette gezogen, sie gewürgt und dabei die rolhe Lat ausgeführt, an deren Fäden die Händhülle heute noch krank daneber liegt. Nach dem Wahrspruch der Geschwornen ist der Angeklagte schuldig. Die Frage nach mitwerbenden Umständen wurde verneint. Das Urteil lautet auf insgesamt 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus und 10 Jahr Ehrverlust.

## Kleine Chronik.

Aufgehoben — nicht aufgehoben.

Aus Breslau wird unterm 6. März gemeldet: Anlässlich der Silberhochzeit des Kaiserpaars war in den hiesigen Eisenbahnwerkstätten den Arbeitern der Nachmittag freigegeben worden. Jetzt aber erging nach der „Breslauer Zeitung“ die Weisung, die auszufälligen vier Arbeitsstunden nachzuarbeiten.

Der Große frist den Kleinen auf.

Im anstehenden Landtag wurde das Lotterieblossommen mit Preußen in dritter Lesung angenommen. Danach wird ausschließlich die preussische Lotterie in Anhalt zugelassen, wofür Anhalt von Preußen jährlich eine Entschädigung von 133 000 Mark erhält. Dem Lotterietag mit Preußen haben sich jetzt alle an der hiesig-thüringischen Lotterie beteiligten Staaten mit Ausnahme der beiden Lippe angeschlossen.

Ein herzogliques Ehepaar entmündigt.

Herzog Paul Friedrich zu Mecklenburg und seine Gemahlin wurden vom Großherzog von Mecklenburg wegen Verschwendung entmündigt. Der Herzog führte in den letzten Jahren ein unstatliches Wanderleben.

Ein Gotteslästerer.

Wegen „Gotteslästerung“ wurde in Dasselbock von der dortigen Strafkammer der Schlosser Georg Stod aus Dasselbock auf sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Amnestie!

Also doch eine Amnestie, aber keine durch Wilhelm 2! Man höre! Die Direktion der Straßenbahn Warmen = Elberfeld hat am 27. Februar ihrem Fahrpersonal in feierlicher Weise kund und zu wissen getan, daß sie im Hinblick auf die Familienfeier im Hause Wilhelm 2. huldvollst gerührt habe, die in den letzten vierzehn Tagen verhängten Geldstrafen dem Personal zu erlassen. Ob dieser unerwarteten Gnade waren die davon Betroffenen so ergriffen, daß sie bis jetzt noch nicht Worte gefunden haben, um der Direktion den gebührenden Dank abzustatten. Es kann sein, daß sie das Ganze als Verzöhnung aufgefaßt haben und deshalb das Danken vergessen haben.

Schauerlicher Uberglaube.

Ein Fall von schauerlichem Uberglauben ist in Mojschin bei Posen durch die Verhaftung des Eigentümers Ogrodowski enthillt worden. Ogrodowski hat nachts auf den Friedhöfen Leichen ausgegraben, ihnen die Köpfe abgehauen und sie auch sonst verstümmelt. Die Leichenteile, von denen man eine Anzahl noch in seiner Wohnung fand, benutzte der in wahnwitzigem Uberglauben besangene Mensch zu Beschwörungen im Stall, um Hesen und böse Geister zu vertreiben und das Vieh gesund zu erhalten.

Bei der Arbeit verunglückt.

Auf der Friedensgrube bei Friederssthal sind beim Schichtwechsel durch ein zu starkes Ausfahren der Förderseile 15 Bergleute teils schwer, teils leicht verletzt worden. — In Witten a. d. Ruhr fürzte an einem Neubau ein Arbeiter in die Tiefe und riß zwei andre Arbeiter mit sich. Einer der Verunglückten blieb sofort tot, einer wurde hoffnungslos, der dritte leichter verletzt.

Ein „Gemütsmenschen“.

Aus der Reiche seiner Frau hat ein Arbeiter in Ketzburg Kapital zu schlagen gesucht. Nach dem Tode seiner Frau kassierte er das Sterbegeld ein, besorgte sich einen Leichenpfand und kaufte einen ganz einfachen Sarg, in den er die Reiche legte. Da er kein Freund von Traurigkeit und Zeremonien ist, so ließ er sich einen Handwagen, siehe mit Hilfe eines andern Mannes den Sarg darauf, dann trant er noch einen Schluck aus der Flasche, und fort ging es mit dem Handwagen durch die Stadt in der Richtung nach Kiel. Während der eine Mann den Wagen zog, sah der Ehemann nach. Die Polizei holte jedoch diesen eigentümlichen „Trauerzug“ ein, verbindehte den Weitertransport und veranlaßte die Ueberführung der Leiche nach der städtischen Leichenhalle. Der schlaue Witwer hatte die Absicht gehabt, seine verstorbene Ehefrau an das Pathologische Institut in Kiel zu verkaufen.

## Vereine und Versammlungen.

Brannereiarbeiter.

Am 3. März tagte in Wartels Restaurant, Fabrikenstraße, die gut besuchte Monatsversammlung des Zentralverbandes deutscher Brannereiarbeiter. Bahistelle Magdeburg. Nach Verlesen des Protokolls wurde mitgeteilt, daß seit der letzten Versammlung der erfreuliche Zuwachs von 25 Mitgliedern zu verzeichnen war. Im Kartellbericht wurde mitgeteilt, daß u. a. das Sekretariat im verfloßenen Jahre von den Brannereiarbeitern in 45 Fällen in Anspruch genommen wurde. Der stellvertretende Vorsitzende gab hierauf einen Bericht über die am 1. April in Wirklichkeit tretende Lokalliste, für welche ein Wochenbeitrag von 5 Pfg. pro Mitglied erhoben wird. Die Kasse soll hauptsächlich zur Unterstützung erkrankter Mitglieder während der Karenzzeit und zur Frangzpenden dienen. Unter „Richtgedenes“ wurden die traurigen Lohnverhältnisse einer hiesigen Malzfabrik scharf kritisiert, wo noch ein Lohn von 18 bis 19 Mark gezahlt wird. Außerdem wurde wieder einmal das uneheliche Treiben der Segner, der Bundesgefallen, richtig beleuchtet.

## Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft, sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, ist jeben das 10. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: **Glossen: Hamburg.** — Der Wut der Gerechtigkeit. — Selbstkritik. — **Sombart** — Die deutsche Frau und die Politik. — Karl Lautner: Die österreichische Wählerreform. — Lily Braun: Der sozialdemokratische Geselzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter. — Friedr. Kleis: Krankenkassen, vereinigt euch! — Joseph Ettlinger: Zur Volksräthnen-Frage. — Dr. W. Wilhelm Meyer: Das Geheimnis der Kometen. — Thelma Storra: Ein Begräbnis.



**Vereins-Kalender.**

Kriegsgelb unter dieser Rubrik kosten des Betrages 5 Pf. Bei Aufhebung von Mannschaften für diesen Zeit nach der hier zu erscheinenden Zeitung befreit werden. Insonderheit erfolgt keine Aufnahme.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.**  
 Versammlungen finden statt: Sonnabend den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Halle im Gewerkschaftshaus; Bezirk Dieblich im Lokale des Herrn Hilbrandt; Bezirk Fernerleben im Lokale des Herrn E. Siller. Sonntag den 11. März, vormittags 11 Uhr, Bezirk Cracau-Preker im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38. Montag den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Mohlenstraße; Bezirk Sudenburg in der „Berbster Bierhalle“, Schöningerstraße. Siehe auch Inserat morgen.

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Direkte des Metallarbeiter-Verbandes werden ersucht, zwecks Entgegennahme von Material im Bureau, Knochenhauerstr. 27-28, umgehend mit vorzusprechen.

**Turnerschaft Magdeburg, Abteilung Budau** Donnerstag den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, Fortsetzung der Prüfung. Abteilung Wilhelmstadt: die Turnabende finden von jetzt ab Dienstags und Freitags in der städt. Turnhalle, Annastraße, statt.

**Gesangverein Lieberkranz Sudenburg.** Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei Alb. Buchlow, Lutherstraße 24.

**Stein-Osterleben.** Sozialdemokratischer Verein. Die Versammlung fällt in dieser Woche aus.

**Schönebeck-Salze.** Zentralverband der Maurer. Sonntag den 11. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, Versammlung im „Stadtparl“.

**Burg. Radfahrerverein „Falke“.** Jeden Donnerstag Saal fahren im Grand Salon. — Donnerstag den 8. März Versammlung.

**Briefkasten.**  
 Allen Briefkastenfragen ist die Abonnements-Diätung beizufügen. Schriftliche Mitteilung an die Fragenden erfolgt auch dann, wenn eine Markt beifügt ist, nicht.

**M. N. 20.** Deutscher Arbeiter-Genographenbund, Louis Fluch, Frankfurt am Main, Graupengasse 35. —

**F. S., Burg.** Das Mädchen kann heiraten, wenn es will. Der Vater des unehelichen Kindes muß in jedem Fall Alimente bezahlen. —

**Diätung.** Lokalverein Salze-Westerhagen: Segelklub 1,25 Mt.

**Endlich ist das Allerletzte erreicht!**  
 Unser Mietskontrakt ist bald zu Ende, und wir müssen unseren Laden räumen.

**Brillierende SARITA DIAMANTEN**  
 die feinste Imitation der Welt

JETZT

Ringe,  
 Broschen usw.  
 früher 8 Mark.

für  
 eine  
 kurze  
 Zeit

**50**

PFENNIG  
 das Stück  
 inkl.  
 Fassung.

Krawattennadeln,  
 Ohrringe usw.  
 früher 8 Mark.

Dieses ist nicht Verkauften, sondern Verschenken unserer Waren.

**Sarita of New York Isaac Blumenthal 47 Breiteweg 47**

**Krawattennadel.**  
 0028  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



**Manschettenknöpfe.**  
 Früher 8 Mark. Jetzt 50 Pf.



**Ring.**  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



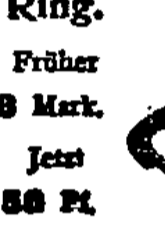
**Oberringe.**  
 Früher 8 Mark. Jetzt 50 Pf.



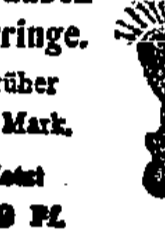
**Brosche.**  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



**Ring.**  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



**Schraubenohrringe.**  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



**Krawattennadel.**  
 0000  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



**Brosche.**  
 Früher 8 Mark. Jetzt 50 Pf.



**Ring.**  
 Früher 8 Mark.  
 Jetzt 50 Pf.



**Schultaschen**

empfeht die **Buchhandlung Volksstimme**

**Burg.**  
 Donnerstag den 8. März, abends 8 1/2 Uhr  
**Grosse öffentl. Volksversammlung**  
 im „Grand Salon“.  
 Tagesordnung:  
 1. **Erziehung und Sozialismus.**  
 Referent: Genosse **Borchardt**, Königsberg.  
 2. Diskussion.  
 Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.  
 Der Einberufer.

**Halberstadt Halberstadt**  
**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein**  
 Unser Vereinsberggängen findet nicht am 10. März, sondern erst am Sonntag den 18. März, abends 8 Uhr, im „Odeon“ statt.  
 Der Vorstand.

**Zimmerer! Schönebeck und Umgegend.**  
 Sonntag den 11. März 1906, vormittags 10 1/2 Uhr im „Bürgerhaus“, Breiteweg 57  
**Öffentliche Zimmerer-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Sonntag über: Die gegenwärtige Lage im Zimmerer- und warum verlangen wir die Verkürzung der Arbeitszeit? (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.)  
 2. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband.  
 Erscheint Mann für Mann in dieser wichtigen Versammlung!  
 Der Einberufer.

**Allgemeiner Frauenverein.**  
 Montag den 12. März, 8 1/2 Uhr, in den „National-Schulen“  
**5. Volks-Unterhaltungsabend**  
**Aus dem Volksleben**  
 Rezitationen, Volkslieder, Violinsonn.  
 Eintrittskarten à 15 Pf. i. Kommt bei Peters, Buchbdlg., Breiteweg 150, Breite, Hofgartenstr. 34. In d. R. 20 Pf. Sonntag 7 1/2 Uhr. Nicht gel.

**Ortskrankenkasse für die im Maler- und Lackierergewerbe beschäftigten Personen**  
 der Gemeinde Magdeburg einschl. Sudenburgs und Sudans.  
**Generalversammlung**  
 am Donnerstag den 15. März, abends 8 Uhr, in Müller's Restaurant, Tischlerknechtstraße 22.  
 Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenericht. 2. Bericht des Rechnungsausschusses. 3. Verschiedenes.  
 Der Vorstand. G. Heindag, Vorsitzender.

**Musikverein „Hoffnung“ Sudenburg**  
 Unsern Mitgliedern und deren Fremden zur Mitteilung, daß unser  
**VI. Stiftungsfest**  
 am Sonnabend den 10. März im großen, festlich dekorierten Saale des „Luisenpark“  
 stattfindet. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.  
 Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.  
 Der Vorstand.

**Restauration Otto Schmidt**  
 Buckau, Schönebeckerstr. 52. 2931  
 Am Freitag, Sonnabend und Sonntag  
**Neu! Bockbierfest mit Lüten Neu!**  
 Bockwürste mit Rüst an Bord. — Eigene Hauskapelle.  
 Nie bezwungen! Nie bezwungen!  
 Lüten im Lokal zu haben bei Piffig.

**Aschersleben.**  
 Donnerstag den 8. März, abends 8 Uhr, in Wille's Lokal  
**Volksvereins-Versammlung.**  
 Der Vorstand.

**Gänsepökelfleisch**  
 um schnell damit zu kommen, verlanse ich jetzt ab à 10 Pf. billiger  
**M. Weinberg, Seilerstr. 1A.**

**Nähmaschine**  
 tabel, nähend, 2 J. Garantie, f. 18 RM. z. vert. Etichstraße 6 pt.  
**Trichterlehrling**  
 findet gute Lehrstelle gegen Lohn.  
 geb. Beistler, Buchbdlg. 22

**Beff. f. n. Kindertwagen** bill. z. vert. Salzweberstr. 4, Hof rechts II.

**Materialwaren-Geschäft**  
 zu verkaufen. Preis 350 Mt. Off. u. N. S. a. d. Exp. d. Bl. 1155

**Vorkostgeschäft** mit flotter Schlachtung sofort für 900 Mt. zu verkaufen. Off. unt. B 1143 a. d. Exp. d. Bl.

**Stahlfedern** empf. die Buchbdlg. Volksstimme.

**Erster Grundierer**  
 für Goldleistenfabrik, tüchtiger, durchaus selbständiger Arbeiter, bei gutem Wochenlohn sofort in dauernde Stellung gesucht.  
 Aurich & Goedsche Meerane i. S.

**Einen Bäckerlehrling**  
 sucht zu Ostern unter günstigen Bedingungen **Louis Enko**, Bäckermeister, Salze a. S. 2898

**Arbeiter-Radfahrerverein Neustadt.**  
 Unserm Mitgliede Friedrich Rübiger zu seinem heutigen Hochzeitsstage die herzlichsten Glückwünsche.

**Kaiser-Panorama**  
 Breiteweg 134, I.  
**Truppen-Parade vor den kaiserlichen Majestäten**  
 auf d. Tempelhofer Feld.  
 Zweite Reise an der Mosel: Von Luxemburg bis Koblenz.  
**Wilhelm-Theater.**  
 Donnerstag den 8. März  
**Wie man Männer fesselt.**  
 Freitag den 9. März  
 Zum 40. und letztenmal!  
**Dis früh um Fünfe.**

**Walhalla.**  
 Das sensationelle  
**März-Programm**  
**4 Perez**  
 Equilibristen auf der freistehenden Leiter  
**Familie Derrington**  
 Kunststrafahrer  
 und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag den 8. März 1906  
**Lamhäuser.**  
 Sonntag den 11. März 1906  
 nachmittags 3 Uhr  
**7. Volks-Vorstellung.**

**III. Magdeburger Saison.**  
**CIRCUS**  
**Sarrasani**  
 Donnerstag den 8. März abends 8 Uhr  
**Gala-Parade-Abend**  
 mit neuem, gewechseltem Programm.  
 Freitag den 9. März abends 8 Uhr  
**Große Clown- und Komiker-Vorstellung**  
 Motto: Man soll und muß lachen!  
**Borberlanf:** Von 10 Uhr ab an der Circus-Kasse sowie bis 6 Uhr abends in der Zigarrenhandlung von Jacobs, Ulrichsbogen.



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 56.

Magdeburg, Donnerstag den 8. März 1906.

17. Jahrgang.

## Eine Berliner Polizeispitzelgeschichte.

(Aus dem „Vorwärts“.)

Seht da am 19. Februar aus einer Vorstandssitzung unser Genosse Karl Fischer aus dem 6. Wahlkreis einjam in stiller Nacht seiner Wohnung zu. Vertraulich gesellt sich zu ihm eine dunkle Gestalt und fängt mit ihm zu philosophieren an über die Misere der jetzigen Verhältnisse, um damit zu schließen, daß für einen intelligenten Mann es immer Mittel und Wege gebe, seine Verhältnisse aufzubessern und für Weib und Kind mehr heinzubringen. Garmlos gebärdet er sich und stellt die Sache leicht hin: wer so viel wisse und erfahre, wie unser Freund F., der könne solche Nachrichten immer verwerten; andre tun das auch und man verlange ja nichts zu wissen, was man später nicht doch erfahre. Und als unser Freund sagt, damit gebe er sich nicht ab, er wolle kein Reporter werden, verabschiedet er sich an der Tür mit der Bitte, F. möge darüber nachdenken, er werde gelegentlich wiederkommen.

Am vierten Tage darauf kam er wieder. Aber unser Genosse F. hatte gleich am andern Morgen mit ein paar Freunden Rücksprache genommen, die freilich seinem Vorschlag, dem sauberen Vurschen die Berräterabsichten mit Proletarierhäuten ein für allemal und so gründlich aus dem Leibe zu treiben, daß er die Lust an solcher Arbeit auf die Dauer verlieren solle, nicht zustimmten. Zu was denn dem Vurschen noch zu Schmerzengeldern zu verhelfen! Erst mußte man wissen, ob man es mit einem gewöhnlichen Nichtgroschen-Lumpen zu tun habe oder ob ein Beamter der politischen Polizei mit Wissen und im Auftrage seiner Vorgesetzten solch sauberes Veginnen unternommen habe. Vernünftiger sei es, wieder einmal die Beweise zu erbringen, daß die Polizei mit den alten Mitteln der Korruption arbeite. Daher solle er weiteren Prozeduren sich unterwerfen.

So wurde denn von F. der Vorschlag, am Sonnabend, 24. Februar, im „Prälaten“ mit dem Herrn Kommissar sich zu treffen, angenommen. Mittags 10 Uhr marschierte F. zum „Prälaten“. Aber die wiederholten Reinfälle des Herrn v. Arnim und Dieners hatten die Polizei vorsichtig gemacht. Herr F. nahm unsern Freund in eine Drochke, und der „Weißbläuer“ lenkte nach der Friedrichstraße; vor dem „Böhmer-Ausschank“ am Friedrichstraßen-Bahnhof hielt man. Nach ein paar Minuten erschien der Herr Kommissar. Gerablassend und freundlich tauschte er Gruß und Gändedruck, nahm am Tische Platz und gab seine Wünsche kund, während der Besucher mit Späheraugen den Eingang überwachte, um vor „Ueberräufungen“ gesichert zu sein. Nur genaue Nachrichten wünschte der Herr Kommissar, nicht aufdringlich solle F. fragen, sich nicht vordrängen, über die Vorstandssitzungen und Beschlüsse des Aktions-Ausschusses solle er umgehend und eingehend berichten, aber er solle die Sitzungen pünktlich besuchen und sich ja wiederwählen lassen. Und hundert Mark wurden ihm in die Hände gedrückt, die solle er nur nehmen, die seien ihm geschenkt; jeden Bericht, den er liefere, erhalte er bezahlt, auf 200 oder 250 Mark pro Monat komme es nicht an. Und Furcht vor Entdeckung brauche er nicht zu haben. Die Nachrichten in der „Antifozialdemokratischen Korrespon-

denz“ und in der „Post“ stammten nicht von der Polizei, die sei froh, wenn sie selber etwas erfahre, sie bringe nichts in die Presse. Ehrenhaft und charaktervoll hatte die Stütze des „Herrn Kommissar“ schon vorher wie mit dem Dreiflügel auf die Redaktion des „Vorwärts“ als die Hintermänner der „Post“ hingewiesen, als er vor dem Erscheinen des von ihm als „der Kommissar“ bezeichneten Herrn beschwichtigend zu F. geäußert hatte: diese Nachrichten würden wohl von einem Redakteur des „Vorwärts“ selber in die „Post“ gebracht worden sein! Diese Herren, die so große Gehälter bezögen, während die armen Genossen die Parteiarbeiten unisono verrichten müßten, verdienten manchmal noch nebenbei durch solche Berichte!

Eine solch nichtswürdige Verleumdung erscheint aus dem Munde eines Beamten geradezu ungeheuerlich; da muß — so war unsre Meinung — ein Mißverständnis seitens unsres Genossen F. vorliegen, der aber auf wiederholtes Vorhalten versicherte, nach bestem Wissen und Gewissen müsse er erklären, so habe die Äußerung gelautet und er könne sie mit seinen gesunden fünf Sinnen nicht anders auffassen! Von einem Mißverständnis könne nach seiner Auffassung keine Rede sein.

Triumphierend und strahlend vor Vergnügen, daß ihnen dieser „große Wurf gelungen“, schieden die Herren von der politischen Polizei — denn als solche hatten sie sich unserm Freunde entpuppt — mit der Bitte, von der Montagtagung des Vorstandes des 6. Wahlvereins einen kurzen Bericht zu liefern. Seine Berichte solle er nicht mit seinem Namen, sondern mit dem Zeichen F. unterschreiben; mit dem gleichen Sonnenring mußte er die Quittung über die empfangenen 100 Mark unterzeichnen.

### Was die Polizei verspricht und was sie hält.

Am Dienstag den 27. Februar, dem patriotischen Festtage der Silberhochzeit, sollte abermals eine Besprechung im „Böhmer-Ausschank“ in der Friedrichstraße stattfinden. Nach gewohnter Taktik ging man aber von dort ins „Cafee New-York“ in der Dorotheenstraße, wo eine freundliche Geste den kühlen Trank spendete, sich aber dann gleich zu einem erschienenen alten lebenswürdigen Bekannten gesellte, so daß die Unterhaltung ungestört beginnen konnte. Der von den beteiligten Genossen angefertigte „Bericht“ entsprach anscheinend nicht den Erwartungen der Herren von der politischen Polizei. Ein leiser Ton des Vorwurfs klang daraus, daß der „Bericht“ Dinge, wie die mit den Gewerkschaften vereinbarte Regelung der Versammlungstage, bringe, die bereits heute im „Vorwärts“ ständen. Auch daß beim Stiftungsfest die gewohnte Kontrolle stattfände, erschien so wenig wichtig, wie die Mitteilung, daß in allen Wahlkreisen einheitliche Formulare für den Beitritt zum Wahlverein zur Einführung gelangen sollten und daß ein Herr Vorträge mit Lichtbildern abzuhalten sich erboten habe. Großmütig gingen aber die Herren über diese Mängel der „Vehrlingsarbeit“ hinweg, trösteten sich mit der Erklärung, daß „weiter nichts gelaufen sei“ und vereinbarten eine Zusammenkunft auf Sonnabend im Warteaal 1. Klasse des Bahnhofs Alexanderplatz, wohin F. seinen Bericht über

die Freitagtagung des Aktionsausschusses mitbringen soll, wofür ihm 150 Mark schon in der ersten Zusammenkunft versprochen worden waren.

Am Sonnabend den 3. März, pünktlich um 1 Uhr, traf Herr Neumann von der politischen Polizei ein; der „Herr Kommissar“ — sei heute leider verhindert. Als ob er „eine Nase“ für die Situation gehabt hätte, ließ er auch gleich mitteilen, daß er vorerst diesen Sitzungen nicht mehr beizubehalten werde. Um so kameradschaftlicher und vertrauensvoller benahm sich Herr Neumann. Er hatte keine Ahnung, daß bereits bei der letzten Konferenz der sozialdemokratische Ueberwachungsdiens in Gestalt eines eifrigen Zeitungslesers funktioniert hatte, heute aber ließ er alle Vorsicht so sehr außer acht, daß er in seinem eifrigen Gespräch gar nicht bemerkte, wie zwei Genossen, von denen namentlich Genosse Ernst ihm persönlich gut bekannt war, ihn beim Eintritt ins Lokal beinahe körperlich gestreift hatten; voll Genugtuung erzählte er, wie dumm sich sein Kollege X — wir wollen den Namen mit dem Mantel christlicher Liebe bedecken — in Moabit bei einer bestimmten Gelegenheit benommen hatte, so daß er, als unfähig für die politische Polizei, „zur Strafe zurückversetzt wurde“. Etwas enttäuscht war er, als Freund F. ihn mitteilte, von der gestrigen Aktionsausschuss-Sitzung könne er ihm leider keinen Bericht geben, da er durch einen Brief des Genossen Liepmann an diesem Abend nach Schöneberg geschickt worden sei. Nun wollte Neumann „für den Herrn Kommissar“ wenigstens diesen Brief mitnehmen; mit Bedauern konnte F. ihm diesen Gefallen nicht erweisen, weil er leicht in eine falsche Situation geraten könnte, wenn Genosse Liepmann diesen Brief zurückforderte. Treuherzig stimmte Herr Neumann, dieser im Gegensatz zu dem Moabiter Kollegen so gewiegte Beamte, eine wahre Zierde der politischen Polizei, dieser Weigerung zu mit der Erklärung: „Ja, ja, Sie haben recht, Herr Fischer, man muß in diesen Dingen immer vorsichtig sein!“ Und vorsichtig lehnte Herr Neumann daher unserm Freunde die Aushändigung des Fragebogens ab, den er vom Polizeipräsidium mitgebracht hatte und im einzelnen mit F. durchging. Aber ab schreiben sollte ihn F., und er gab ihm zu dem Zweck gleich einen Foliobogen mit dem Stempel der politischen Polizei, trennte aber — vorsichtig, wie nur ein so gewiegter Beamter der politischen Polizei sein kann — vorsichtigerweise den amtlichen Stempel aus dem Papier, so daß wir jetzt nur den Fragebogen ohne diesen Stempel haben.

Als Herr Neumann die für Sonnabend so verlockend in Aussicht gestellte Bezahlung vornahm, zeigte sich die ganze Noblesse der politischen Polizei: statt der versprochenen 150 Tudas Silberlinge brachte er nur 100 Mark heraus, für die der Kommissar sich ja schon vorher hatte die Quittung ausstellen lassen. Künftig sollte F. auch nicht mehr mit dem Sonnenringe zeichnen, sondern das Kreuz sollte er über den Kreis schreiben.

### Der Reinfall.

Was sollen wir über die Tragikomödie noch weiter schreiben!

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von Jan ten Brinl. Deutsch von Georg Gärtner.

(18. Fortsetzung.)

Der große Vorhang vor der Bühne war erneuert. Er war rot-weiß-blau gestreift und mit goldenen Franzen und Troddeln besetzt. In der Mitte erhob sich ein nacktes bronzenfarbiges Frauenbild, das aus einem Füllhorn einen Regen von Blumen und Früchten um sich verstreute — das Symbol der Natur. Die vorderen Logen waren besetzt und an ihrer Stelle standen jetzt in je einer rot-weiß-blau gestreiften Nische zwei weiße Bildwerke, darstellend die Freiheit und die Gleichheit. Die Nischen ruhten auf Pfeilern, geformt aus Rifen, die in gleichen Abständen mit rot-weiß-blauem Bande umwunden waren. Die Wände der noch bestehenden Logen waren rot-weiß-blau gemalt, während überall die Pfeiler durch Rifen mit dreifarbige Bändern dargestellt wurden.

Er hatte reichlich Zeit, sich das Publikum der Logen zu betrachten. Während er damit beschäftigt war, setzte sich ein wohlgekleideter Bürger neben ihn, der ihm mit einem freudigen Ausruf die Hand reichte. Es war ein Künstler vom „Italienischen Theater“, der Sänger Trial, den er mehrmals im Atelier Davids getroffen hatte. Sie wechselten einige höfliche Redensarten, ohne in eine Unterhaltung überzugehen. Augustin kehrte sich mit dem Rücken der Bühne zu. Blöcklich blieb sein Blick unabgewendet auf einen und denselben Punkt gerichtet. In einer Loge links sah er drei Frauen, die seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Der Saal war momentan sehr schlecht beleuchtet. Nur die Kerzen des großen Kronleuchters und die Fußlichter der Bühne brannten. Das Tageslicht drang nur schwach durch einige Luftlöcher im Plafond und durch die offenen Türen der Logen in den höchsten Rängen. Augustin konnte die Gesichtszüge der drei Bürgerinnen nur oberflächlich erkennen, wurde aber durch die reißende Gruppe mächtig er-

griffen. Ihre Toiletten schienen nicht auffallend, aber die dreifarbigten Kokarden auf den weißen Spitzenhaubeckern zeigten, daß sie gute Bürgerinnen waren. Die Älteste der drei verbarg das schon ergrauende Haar unter einem kleinen Häubchen von schwarzen Spitzen, die beiden jüngeren trugen einfache, aber geschmackvolle Frisuren. Eine der beiden letzteren erregte Augustins Aufmerksamkeit in besonderem Grade. Das glänzende weiße Gesichtchen wurde von üppigem Lockenhaar umrahmt, das von einem purpurfarbenen Bande zusammengehalten wurde. Er bedauerte es, daß man die Leuchter bei den Logen noch nicht angezündet hatte, denn es schwebte noch ein Schatten über der lieblichen Gestalt.

Er mußte sich wieder umkehren — der zweite Akt von „Tarare“ hatte begonnen. Er achtete nicht darauf, er hörte nicht zu — er dachte beständig an die bezagabende Erscheinung und ertappte sich wiederholt auf der nicht zu unterdrückenden Begierde, sie nachmals zu bewundern. Er beugte sich zu Trial hinab und flüsterte:

„Bürger Trial... dort links in der Loge über uns sitzen drei Bürgerinnen mit weißen Spitzenhaubeckern... haben Sie sie auch bemerkt?“

Trial, eine magere Person von vierzig Jahren, mit gelbem, von Runzeln durchzogenem Gesicht, warf einen raschen Blick nach oben und jagte dann, ebenfalls im Flüsterton:

„Gewiß! Kennen Sie sie nicht, Bürger Robespierre?“

„Nicht im entferntesten!“

„Sie sind doch sonst sehr bekannt. Es ist die Bürgerin Saint-Amaranthe mit ihrer schönen Tochter. Die dritte mit dem braunen Haar ist mir unbekannt.“

„Das tut mir leid. Wer sind die Saint-Amaranthes?“

„Ach werde es Ihnen gleich sagen.“

Trial folgte aufmerksam dem Spiel. Augustin unterdrückte seine Ungeduld und widmete sein Interesse ebenfalls der Darstellung und der Musik, aber wiederholt mußte er erfahren, daß die schöne Unbekannte ihn verhinderte, mit seiner ganzen Aufmerksamkeit bei dem Stück zu sein. Er schloß die Augen und versank in tiefes Sinnen. Ihm war, als ob er einschlummerte, als ob er nicht mehr Herr seiner eignen Gedanken sei.

Blöcklich sah er auf. Die Musik schwieg. Lauter Beifall ging durch das Haus, der Vorhang sank herab. Trial flüsterte:

„Wollen wir ein wenig ins Foyer gehen?“

Augustin nickte, indem er die Blicke nicht von der Loge der Saint-Amaranthes wendete. Er gestand sich, daß er unbescheiden wurde, und beschloß daher, sich auf ein Weilchen zu entfernen, wie schwer es ihm auch fiel. Er wandelte mit Trial durch die Couloirs und lauschte dessen Erzählung von den Saint-Amaranthes. Was er hörte, stimmte nicht ganz mit dem überein, was Duplay mit dem Stelzfuß dem älteren Robespierre erzählt hatte. Frau Saint-Amaranthe sei eine vormalige Adlige, jetzt aber mit Leib und Seele bei der Revolution. Sie sei eine Strohwitwe mit einer sehr schönen Tochter, die sich demüßigt verheiratet werde mit dem Bürger Sarkines, Sohn des Ex-Generallieutenants der Polizei, ebenfalls eines früheren Adligen. Madame de Saint-Amaranthe habe einen sehr bekannten Salon, worin besonders Bühnenkünstler, Virtuosen und Journalisten zusammenkamen — ein auserwählter Kreis. Aber Trial konnte nicht sagen, wer die dritte Bürgerin war, die Augustin so großes Interesse einflößte. Er endigte mit den Worten:

„Gute Abend ist Empfangstag bei den Saint-Amaranthes — ich beabsichtige, hinzugehen. Wollen Sie die Unbekannte treffen, so will ich Sie als meinen Freund vorstellen.“

Augustin erblaute. Sein Herz begann zu kloppen. Ihm war, als ob ihm ein Unheil drohe, aber dennoch jubelte es in seinem Herzen: „Ich werde sie sehen, ich werde sie sehen!“ Er beeilte sich, in scheinbar gleichgültigem Tone den Vorschlag Trials anzunehmen. Während sie durch die Couloirs wieder in den Saal zurückkehrten, wurden sie von zwei Männern in der dunkelblauen Uniform der Nationalgarde und mit dreifarbigem Schärpen begrüßt. Der eine hatte ein gelbliches Gesicht mit beweglichen, abstoßenden Zügen, der andre trug ein strenges, barsches Wesen zur Schau. Augustin gab den Gruß sehr kühl zurück. Trial winkte lächelnd mit der Hand.

(Fortsetzung folgt.)



